

# forum



Vor, während und auch nach Corona - der Zustand unserer Bildungseinrichtungen ist beschämend!

*Liebe Kolleg\*innen,*

wir alle bekommen sie zu spüren: die Coronakrise. Bei Drucklegung dieser Ausgabe zählte die Stadt Köln offiziell 1.839 mit Covid-19 infizierte Personen. 722 befanden sich in häuslicher Quarantäne, 145 waren in stationärer Behandlung. Es konnten bis zu diesem Zeitpunkt (am 7. April) zwar 938 infizierte Kölner\*innen geheilt wieder entlassen werden, 34 Menschen erlagen jedoch dem Virus. Wir möchten an dieser Stelle allen Familien und Freund\*innen der Toten unser Mitgefühl ausdrücken.

In den Bildungseinrichtungen füllen sich die Pläne für die Notbetreuung, Kolleg\*innen in selbstständigen Beschäftigungsverhältnissen sind in dringender Erwartung, dass auch ihnen die öffentliche Hand finanziell beiseite steht und, und, und. Dazu mehr in den Rubriken TITEL und INTERNATIONALES.

Aber auch die GEWerkenschaft selbst ist betroffen. Abgesehen von aktuell geänderten Öffnungszeiten der Kölner Geschäftsstelle gelten bis auf Weiteres neue Regelungen für die Fach- und Arbeitsgruppen (siehe [www.gew-koeln.de](http://www.gew-koeln.de)).

Wir wissen jetzt (Anfang April) noch nicht, wann – trotz der tatkräftigen Mitarbeit aller! – diese Krise bewältigt werden kann. Trotzdem haben wir uns in der Redaktion zu einer „forum“-Ausgabe entschieden, die auch die ursprünglich geplanten Themen aufgreift.

So geht es in der Rubrik AUS DEN GREMIEN unter anderem um die Frage, wie GEW-Vertrauensleute in den einzelnen Einrichtungen agieren können und vor welchen Problemen sie dabei oftmals stehen. In derselben Rubrik findet sich auch ein Artikel zur Historie des „1. Mai“, der in diesem Jahr ausfallen wird.

Aus dem GEW-Kreisverband Rhein-Berg liegt für diese „forum“-Ausgabe ein Bericht von Aktivitäten gegen die AfD vor. Zwar haben diese vor der offiziellen Selbstauflösung des rechtsextremen „Flügels“ stattgefunden. Ob die Angst vor rechten Umtrieben, die bisher von Vertreter\*innen dieser Partei ausgegangen sind, damit allerdings überflüssig wird, muss jedoch stark bezweifelt werden.

In unserer Rubrik GESELLSCHAFT dann noch Interessantes zur Bewegung gegen den Klimawandel (FFF? - Da war doch was!), und unsere frühere Geschäftsführerin Angela Bankert stellt dar, was von der Organizing-Methode in Betrieben zu halten ist.

Am Ende gibt es auch noch Erfreuliches zu berichten. In der Rubrik INTERNATIONALES geht es um die Freilassung der willkürlich verhafteten Louisa Hannonne. Und die Ruheständler\*innen bieten wieder Wissens- und Lesenswertes von ihren Aktivitäten.

Euch allen vielen Dank für die geleistete Arbeit und:  
achtet auf euch und eure Lieben!

*Es grüßt euch ganz herzlich  
eure „forum“-Redaktion*



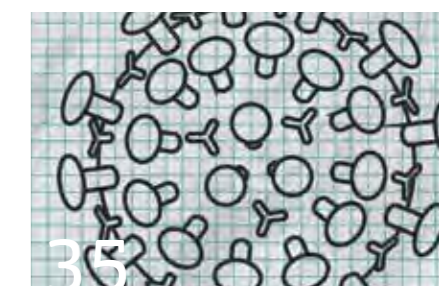
**forum-Termine 2. Halbjahr 2020**

**Ausgabe 3/2020**  
Redaktionsschluss: 17.06.2020  
Erscheinungstermin: 17.08.2020

**Ausgabe 4/2020**  
Redaktionsschluss: 02.09.2020  
Erscheinungstermin: 26.10.2020

## forum 2-2020

|                                   |    |
|-----------------------------------|----|
| Aufgeschoben, nicht aufgehoben    | 4  |
| Kontakte                          | 5  |
| BILDUNGSALARM und Corona-Krise    | 6  |
| Werde Vertrauensfrau/-mann!       | 11 |
| Gesamtschule für Rondorf          | 12 |
| Tag der Muttersprache             | 16 |
| Was geschah am 1. Mai?            | 17 |
| Rhein-Berg gegen rechts           | 19 |
| Tipps zu Beihilfe und Mehrarbeit  | 21 |
| Verkehrswende und Klimawandel     | 23 |
| Buchbesprechung Organizing        | 27 |
| Internationale Solidarität wirkt! | 28 |
| Streik trotz und wegen Corona     | 30 |
| Aktive Ruheständler*innen         | 31 |
| GEW KÖLN zur Corona-Krise         | 35 |



Auf den Internetseiten [www.gew-koeln.de](http://www.gew-koeln.de) oder auf [www.gew-nrw.de](http://www.gew-nrw.de) sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

**IMPRESSUM**

**Herausgeber**  
Gewerkschaft  
Erziehung und Wissenschaft  
Stadtverband Köln  
Hans-Böckler-Platz 1  
50672 Köln  
**Bezugspreis:** 1,25 Euro.  
Für GEW-Mitglieder ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.  
Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.  
**Redaktion:** Guido Schönian (verantwortw. Redakteur), Jutta Jilg, Stefan

Schüller, Heiner Brokhausen  
**Geschäftsstelle:**  
Montag, Dienstag, Donnerstag  
10.00 Uhr bis 16.00 Uhr  
Mittwoch 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr  
Freitag 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr  
Telefon 02 21 51 62 67  
Telefax 02 21 52 54 46  
**Homepage:** [www.gew-koeln.de](http://www.gew-koeln.de)  
**E-Mail:** [kontakt@gew-koeln.de](mailto:kontakt@gew-koeln.de)  
[facebook.com/gewkoeln/](https://www.facebook.com/gewkoeln/)  
**Konto:** BBBank eG  
IBAN DE93 6609 0800 0000 8831 70

**TELEFONISCHE RECHTSBERATUNG**

**02 21 51 62 67**  
Montag und Donnerstag  
17.00 bis 19.00 Uhr  
und nach Vereinbarung

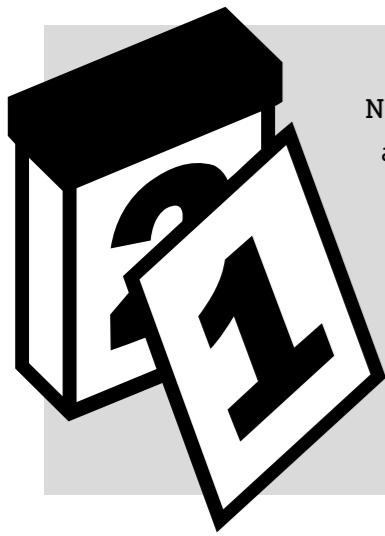
**In den Ferien:**  
Landesrechtsschutzstelle  
02 01 29 04 03 37

**Druck:** Zimmermann GmbH, Köln  
**Vertrieb:** GWK, Köln

**Layout:** Atelier Goral, Köln  
**Titelfoto:** Asukanda/Shutterstock.com

**Redaktionsschluss nächste Ausgabe:** Ausgabe 3/2020  
Redaktionsschluss: 17.06.2020  
Erscheinungstermin: 17.08.2020





Normalerweise stehen hier auf dieser Seite die gesammelten Termine unserer Veranstaltungen, Fachgruppen-, Arbeitskreis- und Ausschuss-Treffen im Überblick. In diesen Zeiten ist aber gerade nichts normal, zumindest was eine Vorhersage und Planung neuer Termine betrifft. **Bevor wir nun neue Termine festsetzen, die ggf. doch erneut entfallen müssen, geben wir nur über unsere Internetseite [www.gew-koeln.de](http://www.gew-koeln.de) unter Veranstaltungen die neuen Treffende, Workshops, Infoveranstaltungen etc. bekannt.**

## Wichtige Info zur Mitgliederversammlung und zur Wahl des Geschäftsführenden Vorstands

Leider mussten wir aufgrund der aktuellen Corona-Krise unsere für den 18. März geplante Mitgliederversammlung zur Neuwahl des Geschäftsführenden Vorstands absagen. Wir möchten euch auf diesem Weg darüber informieren, dass sowohl die Mitgliederversammlung als auch die Wahl zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden, über den wir selbstverständlich sowohl auf unserer Webseite als auch per E-Mail und Newsletter informieren werden. Ebenso werden wir euch dann über alle wichtigen Fristen informieren, was die Wahl oder Anträge an die Mitgliederversammlung betrifft. Derzeit ist leider noch nicht absehbar, wann wieder Normalbetrieb herrschen wird und wir wieder Versammlungen und Treffen ansetzen können.

Es besteht natürlich weiterhin die Möglichkeit Briefwahl zu beantragen. Dazu schreibt bitte eine E-Mail an [kontakt@gew-koeln.de](mailto:kontakt@gew-koeln.de) mit dem Betreff „Briefwahlunterlagen“. Ihr werdet dann selbstverständlich rechtzeitig zur Wahl eure Unterlagen erhalten, so dass ihr auch bequem von zuhause aus wählen könnt.

Herzliche GEWerschaftliche Grüße und bleibt gesund  
euer GEW Stadtverband Köln

## Verschiebung der Personalratswahlen für Lehrkräfte

Auch die Wahlen zum Personalrat für die unterschiedlichen Schulformen, die eigentlich im Juni stattfinden sollten, sind von der Covid-19-Pandemie betroffen.

Das Ministerium für Schule und Bildung hat in Absprache mit den HPR-Vorsitzenden der Lehrkräfte festgelegt, dass die Personalratswahlen nicht wie geplant am 09.06.2020 stattfinden werden. Die Wahl soll so terminiert werden, dass eine Durchführung vor den Herbstferien gewährleistet ist. **Neuer Termin soll der 01.10.2020 sein.** Die Corona-Krise macht eine Verschiebung erforderlich, da die Einhaltung von Fristen für eine Wahl am 09.06. nicht sichergestellt werden kann.

## Arbeitsgremien zum Mitmachen!

### FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg\*innen.

### BERUFSSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204,  
[joerg.buschmann@gew-nrw.de](mailto:joerg.buschmann@gew-nrw.de)

Thomas Wesseler, 0241-911326,  
[thomaswesseler@arcor.de](mailto:thomaswesseler@arcor.de)

### ERWACHSENENBILDUNG

Max-Georg Beier, 0221-361812,  
[maxbeier@hotmail.com](mailto:maxbeier@hotmail.com)

Sandra Langer,  
[lesen.bildet@gmx.de](mailto:lesen.bildet@gmx.de)

Klaus Mautsch,  
[klaus@mautscherholz.de](mailto:klaus@mautscherholz.de)

### GESAMTSCHULE

Peter Heim, 0221-743094,  
[peter.heim@posteo.de](mailto:peter.heim@posteo.de)

Hannes Kuhlmann,  
[hannes.kuhlmann@koeln.de](mailto:hannes.kuhlmann@koeln.de)

### GRUNDSCHULE

Martina Schütte, 02236-321318,  
[schuette-martina@web.de](mailto:schuette-martina@web.de)

Anke Bieberstein, 0221-213788,  
[a.bieberstein@arcor.de](mailto:a.bieberstein@arcor.de)

### GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633,  
[fladerer@ish.de](mailto:fladerer@ish.de)

Heike Wichmann, 0221-422354,  
[heike.wichmann@gmx.net](mailto:heike.wichmann@gmx.net)

Andreas Haenlein,  
0221-9458678,  
[andreas.haenlein@yahoo.de](mailto:andreas.haenlein@yahoo.de)

Gudrun Skeide-Panek,  
02232-29833,  
[skeide\\_panek@web.de](mailto:skeide_panek@web.de)

### HAUPTSCHULE

Karin Distler, 0221-3981291,  
[karin.distler@gmx.net](mailto:karin.distler@gmx.net)

Claudia Seidel,  
[claudia.seidel1209@googlemail.com](mailto:claudia.seidel1209@googlemail.com)

### HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Anne Klein,  
[anne.klein@uni-koeln.de](mailto:anne.klein@uni-koeln.de)

### REALSCHULE

Maria Backhaus, 0221-16932167,  
[mariabackhaus@netcologne.de](mailto:mariabackhaus@netcologne.de)

Katrin Reininghaus, 0221-331647,  
[katrin.reininghaus@online.de](mailto:katrin.reininghaus@online.de)

Karen Kiethe, 0221-16919137,  
[karenkiethe@gmail.com](mailto:karenkiethe@gmail.com)

### SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Timo Hemmesmann,  
0177-8239728  
[timohemmesmann@gmx.de](mailto:timohemmesmann@gmx.de)

Christiane Balzer, 0221-9524740  
[chribalzer@netcologne.de](mailto:chribalzer@netcologne.de)

### SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Brunhilde Seeber,  
[brunhilde.seeber@icloud.com](mailto:brunhilde.seeber@icloud.com)

Rainer Jettke,  
[rainer.jettke@koeln.de](mailto:rainer.jettke@koeln.de)

### AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

### AKTIVE RUHESTÄNDLER\*INNEN

Helga Löbber, 0221-7123869,  
[klein-loebbert@netcologne.de](mailto:klein-loebbert@netcologne.de)

Silke Weinberger-Brümmer,  
0221-763379,  
[nc-weinbesi2@netcologne.de](mailto:nc-weinbesi2@netcologne.de)

### ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Hildegard Achilles, 0221-2778448,  
[abhikachilles@web.de](mailto:abhikachilles@web.de)

Christina Krautwurst,  
[merlot7@gmx.de](mailto:merlot7@gmx.de)

Gudrun Skeide-Panek,  
02232-29833,  
[skeide\\_panek@web.de](mailto:skeide_panek@web.de)

Henning Frey,  
[henning.m.frey@web.de](mailto:henning.m.frey@web.de)

### HOMOSEXUELLE LEHRKRÄFTE

Bodo Busch, 0221-9232930,  
[bodo.busch@netcologne.de](mailto:bodo.busch@netcologne.de)

Björn Kiefer, 0170-9913326,  
[b.kiefer1@gmx.de](mailto:b.kiefer1@gmx.de)

### JUNGE GEW/STUDIERENDE

Martin Mackenbach,  
[martin.mackenbach@gew-nrw.de](mailto:martin.mackenbach@gew-nrw.de)

### LEHRER\*INNEN UND ERZIEHER\*INNEN VON MIGRANTENKINDERN (LEMK)

Silvia Treder,  
[tredersilvia@web.de](mailto:tredersilvia@web.de)

Hasan Taşkale, 02204-55869,  
[taschkale@gmx.de](mailto:taschkale@gmx.de)

### OFFENER GANZTAG

Alexandra Klöckener,  
[a.kloeckener@online.de](mailto:a.kloeckener@online.de)

Eckhard Riedel,  
[eckhard-riedel@gmx.de](mailto:eckhard-riedel@gmx.de)

Hans Raatz,  
[raatz\\_hans@hotmail.com](mailto:raatz_hans@hotmail.com)

### ARBEITSKREISE

Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

### INKLUSION

Uschi Kellermann, 0221-16846200,  
[uschi.kellermann@gmx.de](mailto:uschi.kellermann@gmx.de)

### SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Klaus Minartz, 0221-526722,  
[klaus.minartz@gmail.com](mailto:klaus.minartz@gmail.com)

Stefan Schüller,  
[stefan.schueller@gmx.net](mailto:stefan.schueller@gmx.net)



## BILDUNGSSALARM DIE ZWEITE

Letztes Jahr am 9. November fand der Aufschlag statt: Zur BILDUNGSSALARM-Demonstration kamen über 300 Kölner und Bonner Beschäftigte aus ganz unterschiedlichen Bildungseinrichtungen, um auf den Mangel im System aufmerksam zu machen. Teil 2 ist für den 6. Juni dieses Jahres terminiert. Und wenn die Corona-Krise uns einen Strich durch die Rechnung machen sollte, werden wir nicht zurückstehen, sondern später - dann mitten im Kommunalwahlkampf, - fordern, was wir dringend brauchen: ausreichend Personal, eine angemessene Ausstattung und wertschätzende Vergütung! // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

**E**in wichtiges Mittel zur Mobilisierung für die zweite BILDUNGSSALARM-Demonstration werden die Vertrauensleute der GEW sein. Sie haben das Ohr genau da, wo die Arbeit gemacht wird und die Probleme spürbar sind. Mit Hilfe der GEW-Vertrauensfrauen und -männer wollen wir sammeln, was los ist an den Kölner Schulen, was den Kolleg\*innen und den Schüler\*innen auf den Nägeln brennt, welche Erfahrungen mit dem Arbeitgeber gemacht werden, aber auch mit dem Schulträger, der Stadt Köln. Gerade jetzt, da der Kommunalwahlkampf vor der Tür steht (am 13.9. werden die Bürgermeister\*innen und Stadträt\*innen neu bestimmt), versprechen wir uns mehr Aufmerksamkeit für unsere Anliegen.

Dasselbe gilt natürlich auch für alle anderen Bildungseinrichtungen im Bezirk, denn die Lage in den Kitas, an den Hochschulen, bei den freien Bildungsträgern und den Einrichtungen zur Erwachsenen- und Weiterbildung sind auch alles andere als rosig.

### Dienstherr entzieht sich der Verantwortung

Was los ist an Kölner Schulen wurde z.B. auf der letzten Bezirkspersonalversammlung der Gesamtschulen deutlich: Die anwesenden rund 400 Kolleg\*innen stellten berechnete Fragen an die Vertreter\*innen der Bezirksregierung und erhielten als Antwort meist die Floskel: „Wir nehmen das mit“.

Was mit der Bezahlung bei Klassenfahrten ist oder ob es stimme, dass die Schulaufsicht Druck auf die Grundschulen macht, die AO-SF-Anträge zu reduzieren, blieb ohne zufriedenstellende Antwort. Ebenso blieb offen, was das für Folgen an den weiterführenden Schulen hätte. Auch auf die Frage, wie es um die Umsetzung der von uns geforderten Maßnahmen zur Entlastung bestellt ist (unter Bezug auf die Ergebnisse der COP-SOQ-Befragung), wurde nichts Konkretes erwidert.

Anstatt sich mit den Problemen der Kolleg\*innen auseinanderzusetzen und anzugeben, wann und wie unsere Forderungen erfüllt werden, haben die Vertreter\*innen der Bezirksregierung die Personalversammlung einfach verlassen!

### Die Ersten preschen vor

Manche Kollegien und Belegschaften werden bereits von sich aus initiativ. Was los ist an Kölner Schulen, wurde auch auf

die Reaktion der Ministerin auf den Brief der GEW-Schulgruppe des Nicolaus-August-Otto-Berufskolleg deutlich: 118 Lehrer\*innen und Schüler\*innen haben dort die Teilung aller Klassen mit mehr als 25 Schüler\*innen, die Schaffung ausreichender Stellen für die Erteilung des notwendigen Unterrichts und die Anrechnung der Kolleg\*innenn in OBAS/berufsbegleitender Qualifizierung mit ihrer tatsächlich unterrichteten Stundenzahl auf den Stellenplan gefordert.

Doch statt den Unterzeichner\*innen zu antworten, hat die Ministerin nur die Verwaltung vorgeschickt und sie die Haushaltslage und die bestehenden Erlasse zitieren lassen. Sicherlich kennt ihr ähnliche Reaktionen der Verantwortlichen auf unsere Fragen und Forderungen.

Egal, ob es die Schaffung ausreichender Stellen, die Maßnahmen zur Entlastung der Lehrkräfte, die Klassengrößen, den Unterrichtsausfall, die gleiche Bezahlung usw. betrifft: Die Landesregierung schottet sich ab, weigert sich die Probleme wahrzunehmen und blockiert die Forderungen zur Verbesserung der Situation. Nicht anders verhält sich die Oberbürgermeisterin Reker in Bezug auf die Forderungen an den Schulträger.

Hier müssen wir als GEW Alarm schlagen! Dagegen wollen wir für Samstag, den 6. Juni, zur 2. Bildungsalarm-Demonstration mobilisieren!



**Hier müssen wir als GEW Alarm schlagen! Dagegen wollen wir für Samstag, den 6. Juni, zur 2. Bildungsalarm-Demonstration mobilisieren!**

„Bei uns an der Schule müssen sich gut 130 Kolleg\*innen acht Computer teilen. Drucker gibt's nur drei Stück!“ (Situation an einer Kölner Gesamtschule im Rechtsrheinischen mit ca. 1.300 Schüler\*innen)

ABER: „Wenn es um Medienwirtschaft geht, nimmt vor allem Köln in Europa eine Spitzenposition ein.“ (aus: [www.stadt-koeln.de](http://www.stadt-koeln.de))

„Bei uns müssen Ein-Euro-Kräfte für Sauberkeit in den Schüler-WCs sorgen. Für eine angemessene Reinigung stellt die Stadt Köln nicht ausreichend Geld zur Verfügung!“

ABER: Der Titel des Ehrenamtspreises der Stadt Köln für den Bereich Schule lautet: „Eine Frage der Ehre“!

„Die Waschbecken bei uns sind so verdreckt, marode und schimmelig – da mag man sich noch nicht mal das Wasser zum Kaffeekochen holen!“ (Situation an einer Kölner Gesamtschule)

# Mit Solidarität gegen die Covid-19-Krise

Ist es ein Wagnis in einem Quartalsmagazin wie dem „forum“ ein Thema aufzugreifen, das fast täglich neue Medienberichte liefert? - Mag sein. Doch nahezu waghalsig wäre es, in dieser Krisensituation allein den Institutionen blind zu vertrauen, mit denen man in puncto Ausstattung und Personalmangel sonst allzu oft über Kreuz liegt. // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

**E**s kommt einem vor, als befände man sich in einem echten Stresstest, der so gut wie alle Ebenen des gesellschaftlichen Lebens betrifft. Die Problemlagen sind vielfältig. Unsere Familienstrukturen werden massiv auf die Probe gestellt: Kinderbetreuung bei Home-Office ohne Oma und Opa? - Wie soll das gehen?

Vielen wird die Möglichkeit, von zu Hause aus weiterzuarbeiten, sogar verwehrt. Oftmals sind Arbeitgeber\*innen sogar zu knausrig, die dafür nötigen Dienstlaptops anzuschaffen. Am stärksten betroffen sind die Selbstständigen, die – wie die Kolleg\*innen an den Volkshochschulen und ihre bisherigen Kursteilnehmer\*innen – gar keinen Kontakt mehr halten können. Nicht nur die sozialen, auch die ökonomischen Verhältnisse stehen auf dem Prüfstand. Bundesfamilienministerin Giffey warnte bereits zu Beginn der zweiten schulfreien Woche: „Isolation und finanzielle Sorgen durch die Coronakrise könnten zu mehr häuslicher Gewalt führen!“

Und dann sind da noch die übergeordneten Ebenen, die mit dem Privaten in (un-)mittelbarem Zusammenhang stehen. Rasch wurde verlaubbart, dass nicht nur Familien, in denen Mutter und Vater sogenannte Schlüssel-Berufe der „kritischen Infrastruktur“ ausüben (Pflege, Medizin, Polizei etc.), eine Kinderbetreuung von öffentlicher Seite angeboten werden muss. Dies solle auch für Familien gelten, in denen nur ein Elternteil einen dieser Berufe ausübt. - Richtig so!

## Auf die erste Unsicherheit folgt das solidarische Handeln

Nachdem sich die anfangs spürbare Unsicherheit wieder gelegt hatte, bestand die Reaktion oftmals aus solidarischem Handeln. Im Nu waren an unserer Schule die Listen gefüllt, in die sich Lehrkräfte und pädagogisches Personal freiwillig eintragen sollten, um Kinderbetreuung auch an Wochenenden und in den Osterferien zu gewährleisten.

Das „Morgenmagazin“ von ARD und ZDF ersann schon bald die Reihe „Helden der Krise“ und das SAT.1-Frühstücks-

fernsehen zog mit seinen „Corona-Helden“ nach. Die Arbeit der Altenpfleger\*innen, Erzieher\*innen und anderer Berufsgruppen, die ansonsten wenig(er) Aufmerksamkeit erhalten, wird endlich in den Fokus genommen. Der Wert unserer Arbeit wird der Gesellschaft mehr und mehr bewusst.

Nachbar\*innen verabreden sich, um Einkäufe gemeinschaftlich zu organisieren und dabei vor allem die älteren Mitbürger\*innen im Blick zu haben. Wir beginnen, ein verstärktes Gefühl für unsere Mitmenschen zu entwickeln und stellen uns vielleicht schon die Frage, was an verändertem Verhalten womöglich auch in der Zeit nach der Covid-19-Krise machbar und hilfreich wäre.

## Stresstest auf allen Ebenen

Doch dann ist da noch die Kehrseite der Medaille. Nach und nach weisen immer mehr Menschen aus der „kritischen Infrastruktur“ auf Mängel hin, die unter „normalen“ Umständen schwierig zu bewältigen waren. Jetzt, unter Covid-19-Bedingungen, werden diese für uns alle überdeutlich. Zwischen Mortalitätsraten und der Qualität des Gesundheitswesens eines Landes besteht ein enger Zusammenhang.

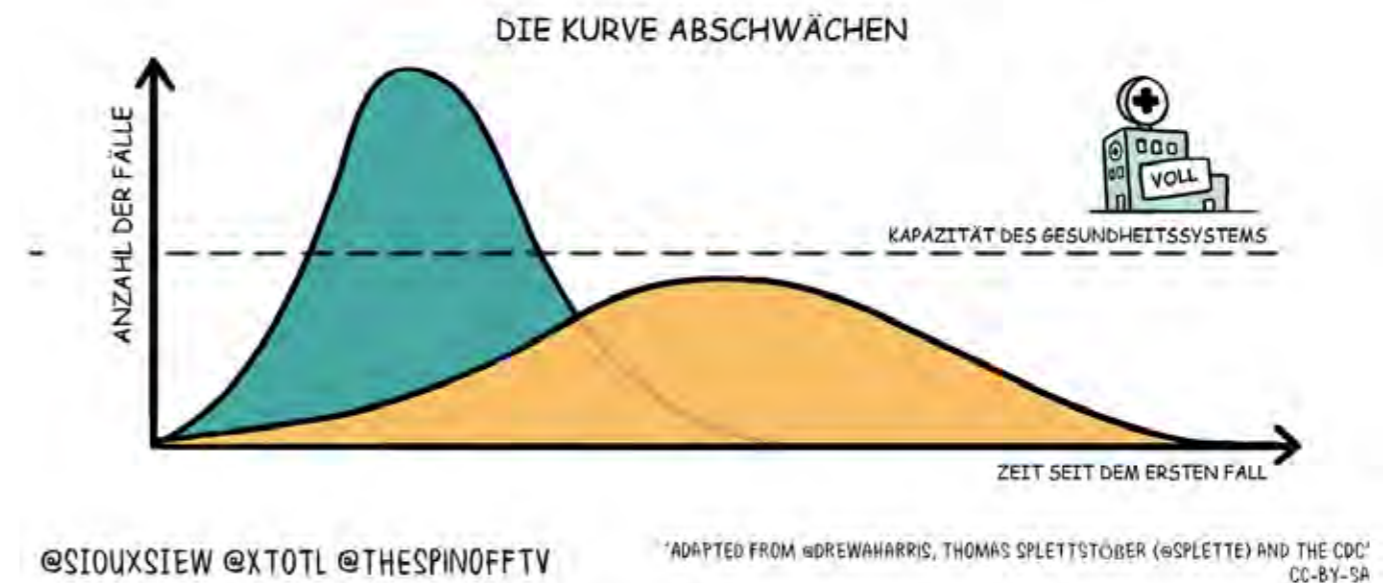
Angefangen bei fehlenden Schutzmasken bis hin zur viel zu dünnen Personaldecke leidet vor allem der Gesundheitsbereich, mit den Patient\*innen und den dort arbeitenden Kolleg\*innen. Das Berliner „Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus“ ([www.mehr-krankenhauspersonal.de](http://www.mehr-krankenhauspersonal.de)) fordert bereits, „die Beschäftigten aller Berufsgruppen bei der Umstrukturierung der Versorgungsabläufe“ mit einzubeziehen, „damit hier kein Chaos entsteht“. Mit Blick auf die bisherige Gesundheitspolitik wird festgestellt: „Wir brauchen eine Abschaffung der Fallpauschalen und eine vollständige Refinanzierung aller entstehenden Kosten, um die bevorstehenden Herausforderungen zu meistern“. Unter <https://weact.campact.de/petitions/covid-19-gesundheitsarbeiter-innen-fordern-menschen-vor-profite> kann man die entsprechende Petition unterzeichnen, an der sich bereits über 130.000 Menschen beteiligt haben.

## Folgen für den Bildungsbereich

Was unsere Branche angeht, zeigt sich nicht nur, dass die digitalen Netze an ihre Grenzen kommen. Plötzlich scheinen auch alle Bedenken hinsichtlich „personenbezogener Daten“ hinfällig geworden zu sein. Am stärksten ins Auge fällt, wie gut oder schlecht die Schulen und andere Einrichtungen bisher digital aufgestellt waren. Wenn Eltern den Lehrkräften nun mitteilen müssen, dass ihre Kinder nicht wissen, wie sie sich auf den einschlägigen Lernplattformen anmelden sollen, dann wirft dies Fragen auf. Sind es die Lehrkräfte, die den Schüler\*innen die nötigen Kompetenzen nicht vermittelt haben oder liegt das Problem doch eher darin, dass die bestehende digitale Infrastruktur an der jeweiligen Schule einen intensiveren Umgang mit den digitalen Medien nicht zugelassen hat?

Die Fachhochschule des Mittelstands in Bielefeld bietet Lehrkräften seit Ende März Nachhilfe im E-Learning an, „denn der Unterricht per Internet ist für viele Lehrer und Lehrerinnen neu und oft problematisch“, so der entsprechende Bericht des WDR. Hier soll offenbar flugs nachgeholt werden, was im Schul- und Lehralltag bisher nicht möglich schien. „Viele Lehrer werden gerade ins kalte Wasser geworfen“, bemerkt dazu der Wissenschaftsjournalist Ranga Yogeshwar.

In Bezug auf die Kinderbetreuung weist die GEW NRW auf die Notwendigkeit hin, die „Hygienemaßnahmen für Schulen mit Notgruppen“ besonders in den Blick zu nehmen. In der entsprechenden Pressemitteilung der GEW Köln wird die „Schließung der Schulen, Kitas und anderer Bildungseinrichtungen als eine sinnvolle und notwendige Maßnahme [bezeichnet], um die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen“. Weiter heißt es: „Auch wenn die Ausweitung der Notbetreuung an Schulen und Kitas auf Wochenenden sowie die Osterferien einen starken Eingriff in die Arbeitszeiten der Beschäftigten darstellt, ist den Kolleginnen und Kollegen ihre solidarische Verantwortung in der derzeitigen gesellschaftlichen Notsituation sehr bewusst“. Gleichzeitig werden „alle Leitungen von Schulen und Kitas dazu



Die Kurve wird abgeschwächt, wenn wir zu Hause bleiben. Doch was kann getan werden, um die „Kapazität des Gesundheitswesens“ zu erhöhen?

[aufgerufen], die Notbetreuung mit Freiwilligen zu besetzen“. Aber auch müssten etwa „die Reinigungspläne der betroffenen Einrichtungen entsprechend angepasst werden. Türklinken, Tischoberflächen, Waschbecken, Toiletten sowie anderweitig oft benutzte Oberflächen sollten mindestens 2 Mal am Tag gereinigt werden“. Dass das überhaupt eingefordert werden muss, ist der allseits bekannten „Normal-Situation“ geschuldet. Seife und Einmalhandtücher sind an Schulen Mangelware. Der GEW Köln ist darüber hinaus „wichtig, ganz entschieden darauf hinzuweisen, dass auch in Zeiten einer Krise die Mitarbeitervertretungen in Form von Lehrerräten, Betriebs- oder Personalräten und Gewerkschaften mit einbezogen werden müssen, um praktikable und gerechte Lösungen zu finden“.

## Müssen wir Solidarität auch einfordern?

Für verbesserte Reinigungspläne aber auch für mehr Personal im Pflege- und Gesundheits- aber auch im Bildungswesen, für angemessene Ausstattung mit Schutzmasken im medizinischen Bereich aber auch z.B. mit Computern, der dazu gehörigen Fortbildungsinfrastruktur und eigenen Administrator\*innen in den einzelnen Schulen und anderen Bildungseinrichtungen braucht es vor allen Dingen eins: mehr Geld. Das gilt auch nach der Covid-19-Krise.

Es ist schon bemerkenswert, dass Gesundheitsminister, Kanzlerin und Ministerpräsident\*innen sich umgehend bei den Kolleg\*innen des Bildungs- und Gesundheitswesens für ihre aufopfernde Arbeit

bedanken. Die Dankesredner\*innen sind diejenigen, denen wir es bisher haben durchgehen lassen, die Ausstattung, das Personal und die Finanzierung im öffentlichen Dienst herunterzufahren.

4.264 Einkommens-Millionär\*innen gibt es allein in NRW. In Köln sind es 464 (Quelle: Statistisches Landesamt, 2015). Im Juni 2017 zählte DER SPIEGEL bundesweit 17400 von ihnen. Aufgrund der de facto Abschaffung der Vermögenssteuer werden seit 1997 diejenigen, die ihr Vermögen nicht aus ihrem Einkommen sondern aus anderen Quellen beziehen, gar nicht mehr mitgezählt! Wieso wird von dieser Seite nicht mehr Solidarität eingefordert?

## Was auch ohne Covid-19-Krise alles finanzierbar wäre ...

2019 wurden laut [www.statista.de](http://www.statista.de) („Bruttolöhne und -gehälter in Deutschland von 1991 bis 2019“) allen abhängig Beschäftigten zusammen 1.500 Mrd. Euro an Arbeitsentgelten (brutto) ausbezahlt. Das sind im Monat 125 Mrd. Euro. Würde aufgrund der Covid-19-Krise zwei Monate lang nicht gearbeitet (auch nicht per Home-Office von zu Hause aus), dann hätten alle 44,5 Millionen Arbeitnehmer\*innen in Deutschland einen Brutto-Einkommensverlust von 250 Mrd. Euro zu verzeichnen.

Demgegenüber stehen jedoch 8.400 Mrd. Euro an Vermögen, das allein die reichsten zehn Prozent der Deutschen besitzen („Vermögen der privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2017 nach der Anlageform“; [www.statista.de](http://www.statista.de)). Davon nur fünf Prozent an einmaliger – nennen wir es – „Covid-

19-Sonderabgabe“ wären 420 Mrd. Euro. Es bräuchte folglich keinen Cent für Arbeits- und Einkommensausfall z.B. in Form von Kurzarbeitergeld – das im übrigen aus öffentlichen Mitteln von der Allgemeinheit finanziert wird!

Aufgrund der Dramatik, von der die Meldungen derzeit geprägt sind, müssen wir grundlegende Fragen anstoßen und dafür Sorge tragen, dass wir langfristig für kommende Krisen gewappnet sind. Denn eins ist klar: Die Arbeitgeber-Perspektive ist auch (und gerade!) in Krisen-Zeiten eine andere als die von uns Arbeitnehmer\*innen.



gesundheitsarbeiter-innen-fordern-menschen-vor-profite



Pressemitteilung vom 17. März 2020

### Honorarausfall wegen der Corona-Krise: Jetzt Existenzen sichern!

Die einstweilige Aussetzung jeglichen Unterrichts an der Volkshochschule (VHS) Köln sehen wir als absolut richtige und angemessene Maßnahme an, um die Verbreitung des Coronavirus in Köln zu verlangsamen und um Mitarbeiter\*innen, Unterrichtsteilnehmer\*innen, ihr persönliches Umfeld und vor allem Risikogruppen vor Ansteckung zu schützen.

Für die freiberuflichen Honorarkräfte der VHS entsteht nun allerdings ein Honorarausfall, der ihre Existenz bedroht – Miete, Versicherungen, Lebenshaltungskosten laufen alle weiter, und das bei derzeit vollständigen Einkommenseinbußen. „Durch die wochenlange Schließung der VHS sind die Existenzen vieler Honorarlehrkräfte unmittelbar gefährdet. Sie müssen von ihren Auftraggebern in Land und Kommune aufgefangen werden, sonst sehen wir schwarz.“, so Klaus Mautsch von der Fachgruppe Erwachsenenbildung der GEW Köln.

Eva-Maria Zimmermann, Geschäftsführerin der GEW Köln, ergänzt: „St. Augustin macht es vor: Dort werden die Honorarkräfte der städtischen Musikschule trotz Corona-Ausfall weiterbezahlt, und das obwohl sich die Stadt im Nothaushalt befindet. Wir erwarten von der Stadt Köln, dass auch sie die Verantwortung für ihre freiberuflich Beschäftigten übernimmt – betroffen ist neben der VHS beispielsweise auch die Rheinische Musikschule (RMS). Die Kosten für den laufenden Betrieb der Institutionen waren ohnehin eingeplant und die Stadt darf sich jetzt nicht an Unterrichtsausfall bereichern, um Geld zu sparen. Wenn dies anderenorts trotz Nothaushalt möglich ist, sollte es erst recht in der Kulturstadt Köln möglich sein, den verzweifelten Lehrkräften den vollen Honorarausgleich zu garantieren.“

Nachtrag vom 6. April 2020:

Mittlerweile hat die Stadtverwaltung Köln eine Regelung getroffen, über die die Dozent\*innen der VHS am 3. April informiert wurden: Für die Zeit vom 14. bis 22. März 2020 erhalten sie den vollen Honorarausgleich für entfallenen Unterricht. Ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des offiziellen Kontaktverbots bis zum letzten Tag der derzeit angeordneten Schließung der VHS, also vom 23. März bis zum 19. April 2020, erhalten sie ein an das Kurzarbeitergeld angelehntes Honorarausfallgeld in Höhe von 60 % bzw. 67 %. Diese Regelung begrüßen wir als GEW Köln dahingehend, dass sie die freiberuflichen Lehrkräfte durch die Anlehnung ans Kurzarbeitergeld ähnlich wie reguläre Arbeitnehmer\*innen behandelt und ein Entgegenkommen der Stadt zur Sicherung der finanziellen Existenz der freiberuflich Beschäftigten darstellt.

Dennoch bleibt anzumerken, dass zum einen 60 % bzw. 67 % kaum zum Leben ausreichen, gerade in einer Großstadt wie Köln, wo Mieten und Lebenshaltungskosten immer teurer werden. Zum anderen müssen Dozent\*innen, die im Auftrag Dritter arbeiten (z.B. in Integrationskursen des BAMF), auf eventuelle Nachholtermine warten, da die Kurse seitens des BAMF nicht offiziell abgesagt wurden. Hierdurch können derzeit finanzielle Engpässe entstehen, die die Kolleg\*innen nur schwer verkraften können. Darüber hinaus greift die gefundene Regelung vorerst nur bis zum 19. April – für den Fall, dass die VHS auch danach noch geschlossen sein sollte, muss dringend eine Anpassung stattfinden, um die Existenzen der Lehrkräfte langfristig zu sichern.

Abschließend möchten wir darauf hinweisen, dass sich in dieser Krise einmal mehr zeigt, dass die prekäre Beschäftigung der VHS-Lehrkräfte seitens der Stadt höchst problematisch ist. Wir fordern als GEW Köln daher ganz entschieden, alle Lehrkräfte der VHS, die einen wesentlichen Bestandteil unserer Kölner Bildungslandschaft darstellen, fest anzustellen.

## Das Wichtigste in der Gewerkschaft ist die Arbeit an der Basis

Wir haben eine Kollegin, die an ihrer Schule selbst Vertrauensfrau der GEW ist, gebeten, einmal über ihre Arbeit zu berichten. Dabei herausgekommen ist ein sehr lebendiger Einblick, der hoffentlich viele von uns motiviert, ebenfalls diese Rolle bei sich einzunehmen!

### // GEW-Vertrauensfrau an einer linksrheinischen Kölner Schule

**G**ewerkschaften brauchen ihre Vertrauensleute. Ohne deren ehrenamtliche Arbeit hätten die Gewerkschaften keine Anbindung vor Ort, keinen Kontakt zur Basis. Aber was darf ich eigentlich als Vertrauensfrau oder Vertrauensmann? Gibt es Rechte, auf die ich mich berufen kann, falls es Stress gibt wegen meines gewerkschaftlichen Engagements? Und was mache ich, wenn ich eigentlich kaum Zeit für dieses Engagement habe?

Im Folgenden findet ihr ein FAQ zum Thema Vertrauensleute.

#### Wie werde ich Vertrauensfrau oder Vertrauensmann?

Indem ich dem GEW Stadt- oder Kreisverband Bescheid sage, dass ich bereit bin, die Kolleg\*innen an meiner Schule über die GEW zu informieren. Früher gab es an vielen Schulen die sogenannten Betriebsgruppen. Die GEW-Mitglieder einer Schule trafen sich, um Probleme an der Schule selbst zu besprechen oder um zum Beispiel zu planen, wie Kampagnen der GEW im eigenen Betrieb unterstützt werden können. Man wurde Vertrauensmann oder Vertrauensfrau, wenn man von der Betriebsgruppe dazu gewählt wurde.

Heute gibt es nur noch wenige Betriebsgruppen. Ein Grund dafür ist sicher auch der Zeitmangel durch die Verdichtung unserer Arbeit. Andererseits steigt die Zahl der GEW-Mitglieder stetig, gerade in Köln. Eigentlich also eine gute Voraussetzung für gewerkschaftliches Engagement.

#### Was genau sind Aufgaben der Vertrauensleute?

Dazu schreibt die GEW Bund: „Vertrauensleute [sind] ein wichtiges Bindeglied zwischen der Gewerkschaft und ihren Mitgliedern. GEW-Vertrauensleute erhalten von der GEW Informationen aus erster Hand (...) sowie Einladungen [zu] Tagungen und Veranstaltungen. Sie verteilen GEW-Infos am [Arbeitsplatz], laden zu Treffen der örtlichen Betriebsgruppen ein und unterstützen in vielfältiger Form die gewerkschaftliche Arbeit. (...)“

Sie sind es auch, die Stimmungen, Sorgen und Forderungen an die GEW weitergeben. Ihre Solidarität und Kollegialität bringen sie auch dadurch zum Ausdruck, dass sie neue KollegInnen begrüßen, sich als Ansprechperson der GEW vorstellen und sie auf die GEW-Mitgliedschaft ansprechen.“

Vertrauensleute sind also Ansprechpartner\*innen für alle Beschäftigten in der Schule. Denn als Gewerkschaftsmitglieder sind Vertrauensleute manchmal einfach besser informiert und können mit Fachwissen über Rechte, Gehalt etc. weiterhelfen. Fragen der Kolleg\*innen können sie auch an den jeweiligen Stadt- oder Kreisverband weiterleiten.

#### Was sind die gesetzlichen Grundlagen für die Arbeit der Vertrauensleute?

Das Grundgesetz legt im Artikel 9 Abs. 3 die Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit fest: „Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig.“

Das Recht, einer Gewerkschaft beizutreten (positive Koalitionsfreiheit) stellt die Gewerkschaftsarbeit damit unter den Schutz der Verfassung. So haben Gewerkschaftsmitglieder grundsätzlich das Recht, jederzeit – und damit auch während der Arbeitszeit – für ihre Gewerkschaft zu werben.

Die Rechtsprechung hat die gewerkschaftliche Betätigung auch an den Schulen in zahlreichen Urteilen gestärkt. Generell kann man sagen, dass eine gewerkschaftliche Betätigung in den Pausen grundsätzlich erlaubt ist. Eine Betätigung während der Arbeitszeit darf den Betriebsablauf und den Betriebsfrieden nicht stören.

Nachfolgend einige Beispiele, bei denen die Gerichte die Betätigung der Gewerkschaften ausdrücklich als angemessen angesehen haben. So darf man:

- Informationen an den Informationsbrettern des Betriebs aushängen – am „Schwarzen Brett“ oder an einer anderen zur Verfügung gestellten Anschlagfläche. (BAG vom 14.2.1978)
- Flugblätter und anderes gewerkschaftliches Informationsmaterial sowohl vor dem Tor als auch im Betrieb verteilen. (BAG vom 14.02.1978 und BVerfG vom 17.02.1987)

#### Und was ist, wenn man für all diese Aufgaben zu wenig Zeit hat?

Erst einmal ist ganz wichtig: Vertrauensmenschen tun diese Arbeit freiwillig und ehrenamtlich. Sie bestimmen selbst was, wann und wieviel sie machen.

#### Also: keinen Stress!

Eine Idee wäre, andere GEW-Mitglieder an der Schule anzusprechen, ob sie nicht auch Vertrauensfrau oder Vertrauensmann werden möchten. Insbesondere an Schulen, die mehrere Gebäude und / oder dezentralisierte Lehrerzimmer haben, ist das eine gute Sache. Es macht auch mehr Spaß und nimmt den Druck raus, wenn ich weiß, dass ich mich nicht alleine um alles kümmern muss. Eine andere Idee wäre, dass sich Vertrauensleute an den Stadt- oder Kreisverband wenden und Bescheid geben, wie sie von dort weiter unterstützt werden könnten. Zusammen findet man dann sicher eine Lösung.

## Eine Schule für alle - in Rondorf?

Das folgende Interview mit Horst Schneider, dem Sprecher der Bürgerinitiative Gesamtschule Rondorf, führte Stefan Schüller, Mitglied der forum-Redaktion

// Außerdem werden auf den folgenden Seiten die Ziele der Bürgerinitiative vorgestellt und es gibt eine Unterschriftenliste, die gerne mit Unterschriften gefüllt an die Bürgerinitiative zurück geschickt werden kann. Wir wünschen der Bürgerinitiative viel Erfolg!

### forum: Warum setzen Sie sich für die Gründung einer Gesamtschule ein?

**HORST SCHNEIDER:** Ich habe die Gesamtschule Rodenkirchen mitgegründet und war 21 Jahre lang ihr Schulleiter. Von daher weiß ich um die enormen Vorteile, die eine Schule für alle Kinder mit sich bringt, die die Laufbahnentscheidung hinauszögert und alle Abschlüsse des dreigliedrigen Schulsystems anbietet, ohne dass ein für alle Beteiligten frustrierender Schulwechsel nötig wird.

Als Kenner der Kölner Schullandschaft und deren notwendiger Entwicklung bin ich mit anderen Fachleuten der Meinung, dass der zur Zeit (noch?) bestehende Schulentwicklungsplan, der den Neubau von nur drei Gesamtschulen und drei Gymnasien vorsieht, am tatsächlichen Bedarf vorbei geht. Das macht auch die horrenden Zahl von Ablehnungen der Kinder, die einen Platz an einer Gesamtschule in Köln wollten, deutlich. Für das kommende Schuljahr sind es 950 Schüler\*innen, die keinen Platz an ihrer Wunschschule bekommen werden.

Fazit: Ich setze mich für die Gründung von Gesamtschulen ein, weil diese den Bedürfnissen der Gesellschaft am nächsten kommen.

### Wieso braucht es in Rondorf eine Gesamtschule?

**HORST SCHNEIDER:** Dass dort eine Gesamtschule vonnöten ist, hat die Verwaltung gesehen und auch deren Bau vorgeschlagen. Auch die Schulleiter\*innen im Kölner Süden



Horst Schneider

haben dafür votiert. Allerdings hat dann der Schulausschuss leider anders entschieden.

Der Bau eines neuen Gymnasiums wird jedoch in keiner Weise die benötigten Plätze für eine weiterführende Schule im neuen Stadtteil Rondorf-West abdecken. Wesentliche Schülergruppen werden nicht berücksichtigt. Auch eine schon jetzt absehbare weitere Bebauung über Rondorf-West hinaus wurde in diesem Beschluss nicht mitgedacht, ebenso wenig der weitere Ausbau des Sürther Feldes oder Bebauungsflächen innerhalb des Bezirks 2 (z.B. 410 Wohneinheiten in der Ringstraße in Rodenkirchen).

Der Entwurf des Schulentwicklungsplans für Rondorf erfüllt also den notwendigen Bedarf nicht. Es braucht eine Schulform für alle Kinder, die zumindest einen Teil der jetzt und zukünftig benötigten Schulplätze anbieten kann.

Das Ersetzen des geplanten Gymnasiums durch eine 4-zügige bzw. 6-zügige Gesamtschule ist die richtige Lösung.

Und noch ein Aspekt: Einen Mangel an Gymnasialplätzen gibt es so nicht: Mehrere Gymnasien sind von Rondorf aus zu erreichen: Gymnasium Rodenkirchen, Irmgardis Gymnasium, Humboldt Gymnasium, FWG, KAS, HVB, EVT.

### Können Sie etwas zur Geschichte der Bürgerinitiative erzählen?

**HORST SCHNEIDER:** Die ersten Teilnehmer\*innen der Initiative haben sich erstmals im November 2018 zusammengefunden, als klar war, dass anstelle der Gesamtschule der Neubau eines Gymnasiums geplant wurde. Der Kreis hat sich nach und nach erweitert. Es sind Eltern von Kindern vor dem Wechsel an eine weiterführende Schule oder auch noch ein Weilchen davon weg, Eltern von Kindern, die eine Gesamtschule oder auch ein Gymnasium besuchen, ehemalige Lehrer\*innen, auch Großeltern, Personen aus verschiedenen Ortsteilen im Kölner Süden.

Wir sehen Schule nicht nur als Ort der reinen Wissensvermittlung sondern gerade auch als Ort des sozialen Miteinanders.

### Welche Maßnahmen verfolgen Sie, damit in Rondorf doch eine Gesamtschule entsteht?

**HORST SCHNEIDER:** Wir wollen die Öffentlichkeit mit allen uns zur Verfügung ste-



henden Mitteln für unser Anliegen sensibilisieren.

Das geschieht zur Zeit durch Einbeziehung der Medien: Artikel in Zeitungen (z.B. Kölner Stadtanzeiger, Kölner Wochenspiegel), auch Interviews bei Kölner Rundfunksendern sind geplant.

Wir wollen Eltern in Kitas und Grundschulen informieren durch Bereitstellung von Flyern und anderem Infomaterial, werden auch Gesprächsabende für Eltern anbieten. Eine Unterschriftenaktion ist schon angelaufen, an einer Online-Petition wird im Augenblick noch getüftelt.

Außerdem wollen wir natürlich auch politisch Verantwortliche in Köln direkt ansprechen.

Ein weiteres Mittel ist die Organisation von Elternprotesten zu Sitzungen des Schulausschusses oder anderer für unser Anliegen wichtiger Gremien.

### Wie geht die Bürgerinitiative mit der aktuellen Corona-Krise um?

**HORST SCHNEIDER:** Natürlich ist der Spielraum unserer Handlungsmöglichkeiten so wie in vielen anderen Bereichen stark eingeschränkt. Wie die meisten bleiben wir über E-Mail und Telefon in Kontakt, posten auf Facebook (<https://facebook.com/buergerinitiative.rondorf.1>), verfolgen und analysieren, was im Schulausschuss besprochen wird, und bereiten dementsprechend Aktionen vor.

Der Kontakt zu den Medien soll intensiviert werden.



Architektenbilder der geplanten Schule

### Im September sind Kommunalwahlen. Was erwarten Sie von der Politik für die Schullandschaft in Köln?

**HORST SCHNEIDER:** Für die Zukunft einer Stadt ist ein intaktes Bildungssystem eine Grundvoraussetzung. Ich erwarte, dass die Stadt mit mehr Nachdruck als bisher Schulplätze schafft, um dem Bedarf schnellstmöglich gerecht zu werden. Das muss höchste Priorität haben.

Dabei kann man nicht auf eine gleiche quantitative Gewichtung von Gymnasium und Gesamtschule setzen. Der Elternwille zeigt eindeutig, dass die Gesamtschule favorisiert wird.

Deshalb ist ein Umdenken der politischen Verantwortlichen im Rat gerade auch für den Ortsteil Rondorf unbedingt notwendig.



[https://www.facebook.com/buergerinitiative.rondorf.1?fref=search&\\_\\_tn\\_\\_=%2Cd%2CP-R&eid=ARBqF-z\\_Ht4eYeNEm\\_GLTi-y0mXzV4ksxxlrNj6oC1eEBtheTCZKXPzu-AIRknc4O2nQWZ3uL0vj0vUHQ](https://www.facebook.com/buergerinitiative.rondorf.1?fref=search&__tn__=%2Cd%2CP-R&eid=ARBqF-z_Ht4eYeNEm_GLTi-y0mXzV4ksxxlrNj6oC1eEBtheTCZKXPzu-AIRknc4O2nQWZ3uL0vj0vUHQ)

<https://www.openpetition.de/petition/online/eine-schule-fuer-alle-eine-gesamtschule-fuer-rondorf>



# Bürgerinitiative „Gesamtschule Rondorf“

Was wir fordern und was wir tun wollen.  
Wie ist die Situation:  
Rondorf braucht eine weiterführende Schule.

Die Entscheidungen im Rat der Stadt Köln im November 2018 mit den Stimmen der CDU, den Grünen und der FDP für eine Schulform Gymnasium am Standort Rondorf geht gegen die Bedürfnisse der jetzigen und zukünftigen Familien im neuen Siedlungsgebiet Rondorf-West.

Die Entwicklung dieses Stadtteils erfordert ein integriertes Schulsystem, um allen Kindern wohnortnah alle Schulabschlüsse zu ermöglichen.

Schon 2016 war das einhellige Fachurteil von 17 Schulleiter\*innen im Kölner Süden, dass die für den Standort Rondorf angemessene, bedarfsgerechte und deshalb richtige Schulform eine Gesamtschule ist. Diese Meinung der Schulleiter\*innen wurde im Februar 2019 noch einmal bekräftigt.

Im Herbst 2018 schlägt die Planung des Schulentwicklungsamtes Köln nach fachlicher Prüfung für Rondorf eine Gesamtschule vor.

## Was wir fordern:

- Wir fordern den Rat der Stadt Köln auf, dass diese fachliche Erkenntnis vom Schulentwicklungsamt und den Schulleiter\*innen des Kölner Südens für Rondorf eine Gesamtschule zu errichten, umgesetzt werden muss.
- Wir fordern die Umsetzung des Entschlusses der Bezirksvertretung Rodenkirchen, die sich mehrheitlich ebenfalls für eine Gesamtschule ausgesprochen hat.
- Wir fordern die übereilte und willkürliche Entscheidung im Schulausschuss im November 2018, Schulformen zwischen zwei weit voneinander entfernt liegenden Stadtteilen (Rondorf gegen Widdersdorf) einfach zu tauschen, unbedingt rückgängig gemacht wird. Wir wollen keine politischen Paketentscheidungen auf dem Rücken der Kinder.
- Wir wollen eine den Familien im Kölner Süden zugewandte und der Fachmeinung entsprechende Entscheidung für eine Schule, die allen Kindern eine Chance bietet.
- Wir fordern den Bau einer Gesamtschule in Rondorf zum schnellstmöglichen Zeitpunkt. Die schon jetzt bestehende Überlastung der umliegenden Schulen im Stadtbezirk Rodenkirchen und die fehlenden Plätze für Kinder an der Schulform Gesamtschule spricht für sich. Es muss deshalb noch vor bzw. gleichzeitig mit dem neu entstehenden Wohngebiet Rondorf-West diese Gesamtschule errichtet werden.

## Was wir tun werden:

- Sensibilisierung der Öffentlichkeit mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln: Artikel an Zeitungen, Online, Radio
- Beobachtung und Auswertung der Anmeldezahlen im Kölner Süden
- Organisation von Eltern-Protesten zu Sitzungen des Schulausschusses oder anderer Gremien (nächstes Mal April/Mai/Juni 2020)
- Information für Eltern in Kindergärten und Grundschulen
- Bereitstellung von Flyern/Infomaterial zur Schulform Gesamtschule
- Angebote von Gesprächsabenden mit Eltern
- Angebote zu Gesprächen mit politisch Verantwortlich in Köln
- Unterschriftenaktion

## Was uns wichtig ist:

- Wir arbeiten unabhängig und überparteilich.
- Wir setzen uns zusammen aus Interessierten/Engagierten aus dem gesamten Kölner Süden (wenn es geht soll jeder Stadtteil vertreten sein), Eltern, Schülern\*innen und Großeltern.
- Wir denken positiv für eine Schule, die allen Kindern eine Chance auf alle Schulabschlüsse bietet.
- Wir setzen uns ein für eine Entscheidung, die auf der Einschätzung von Fachleuten beruht.
- Wir sind nicht gegen Gymnasien. Verschiedene Schulformen haben ihre Berechtigung als weiterführende Systeme. Für unseren Stadtteil und die Erweiterung durch das Neubaugebiet Rondorf-West, also für einen völlig sich verändernden Stadtteil, braucht es vor Ort aber ein integriertes System, um allen Bedürfnissen gerecht zu werden.

# Bau einer Gesamtschule am Standort Rondorf im Stadtbezirk Rodenkirchen

Hiermit unterstütze ich mit meiner Unterschrift die Initiative, die folgende Fragestellung positiv beantwortet:

## Sind Sie für den Bau einer Gesamtschule am Standort Rondorf-West?

Gemäß der Empfehlung der Schulleitungen der Grundschulen und weiterführender Schulen im Kölner Süden, niedergelegt im Schreiben an die OB Frau Reker vom 22.01.2019, und des Mehrheitsbeschlusses der Bezirksvertretung Rodenkirchen vom 12.11.2018, fordern wir am Standort Rondorf-West als Neubau (weiterführende Schule) im stetig wachsenden Süden Kölns eine integrierte Gesamtschule, die inklusiv und mit Ganztagsunterricht für alle Kinder vor Ort da ist.

Der zunächst ergangene Beschluss des Rates vom 22.11.2018 ist dahingehend zu ändern.

| Nr. | Vorname | Name | Geb. Datum | Straße/Hausnr. | PLZ | Köln | Ortsteil | Unterschrift |
|-----|---------|------|------------|----------------|-----|------|----------|--------------|
| 1   |         |      |            |                |     |      |          |              |
| 2   |         |      |            |                |     |      |          |              |
| 3   |         |      |            |                |     |      |          |              |
| 4   |         |      |            |                |     |      |          |              |
| 5   |         |      |            |                |     |      |          |              |
| 6   |         |      |            |                |     |      |          |              |
| 7   |         |      |            |                |     |      |          |              |
| 8   |         |      |            |                |     |      |          |              |
| 9   |         |      |            |                |     |      |          |              |
| 10  |         |      |            |                |     |      |          |              |

Vertretungsberechtigt: Bürgerinitiative Gesamtschule Rondorf, Gesamtschulleiter i.R. Horst Schneider, Rotterbergstr. 18, 50996 Köln  
<https://www.openpetition.de/petition/online/eine-schule-fuer-alle-eine-gesamtschule-fuer-rondorf>

Datenschutzhinweis: Die erhobenen personenbezogenen Daten dürfen nur zur Durchführung dieser Unterschriftenkampagne verarbeitet und genutzt werden; sie sind unverzüglich zu vernichten, wenn sie für Projekt nicht mehr benötigt werden. Originale Unterschriftenliste bitte bis spätestens 16.05.2020 zurück an Horst Schneider, Rotterbergstr. 18, 50996 Köln – bei Fragen: bi-gs-rondorf@gmx.de





## Zum Internationalen Tag der Muttersprache

Am 19. Februar dieses Jahres brachte der GEW-Arbeitskreis „Lehrer\*innen und Erzieher\*innen von Migrant\*innen“ (LEMK) eine Presseerklärung heraus, die wir an dieser Stelle gerne veröffentlichen.

Jedes Jahr am 21. Februar wird der Internationale Tag der Muttersprache gefeiert. An diesem Tag wird weltweit über die Wichtigkeit der Muttersprache diskutiert, Tagungen werden organisiert und Stellungnahmen und Presseerklärungen abgegeben. Ob mit diesen Willenserklärungen das Nötige getan wird, ist eine wichtige Frage, der hier nachgegangen werden soll.

### Kaum Förderung in der Muttersprache

Die Generationen der Zukunft besuchen die Bildungseinrichtungen, vom Kindergarten bis zur weiterführenden Schule. Davon sind ein gutes Viertel Kinder mit Migrationshintergrund. Wird die Muttersprache bei diesen Kindern ausreichend schulisch gefördert? Die Frage kann nicht bejaht werden. Zwar werden in einigen Bundesländern obligatorisch Muttersprachenangebote durchgeführt, aber diese Angebote reichen nicht aus, die Nachfrage gänzlich zu befriedigen. In NRW werden laut staatlichen Informationen 19 Muttersprachen angeboten. Das ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Was ist mit den Kindern, die sich auf der Flucht befinden? Laut Angaben von BI befinden sich 68 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht, davon 7,4 Millionen schulpflichtige Kinder. Seit Jahrzehnten ist das ein Dauerzustand. Auch in Deutschland ist die Anzahl der geflüchteten Kinder beachtlich hoch. Bekommen diese neben Deutschförderung auch eine Förderung in ihrer Muttersprache? Nicht alle!

### Was zu tun ist

Deutschland ist faktisch ein Einwanderungsland geworden. Die Politik muss dies gesetzlich verankern und entsprechende Maßnahmen ergreifen, dass das tatsächlich so wird und bleibt. Wenn Kinder unsere Zukunft sind, dann müssen wir in unsere Zukunft und damit in unsere Kinder investieren. Schon jetzt schreien die Schulbehörden wegen Lehrermangel, obwohl es bereits bekannt ist, dass sich unter Geflüchteten hochqualifizierte Fachleute befinden, darunter auch Lehrkräfte. Wir müssen auch auf die-

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) hat zwischenzeitlich neue Zahlen vorgelegt. Aktuell geht man weltweit von 70,8 Millionen Geflüchteten aus, von denen 41,3 Millionen als Binnenvertriebene gelten. Im Schnitt fliehen demnach jeden Tag 37.000 Personen vor Krieg und Vertreibung. (<https://www.unhcr.org/dach/de/services/statistiken>)

se Ressourcen zurückgreifen, um dem Lehrermangel entgegenzuwirken. Dutzende Lehrer\*innen warten auf eine Chance, ihren erlernten Beruf hier fortzuführen.

### Positivbeispiele

Die drei Universitäten, Bielefeld, Bochum und Köln sind auf dem richtigen Weg, aber das Angebot ist nicht ausreichend. Wir freuen uns, dass positive Entwicklungen zu verzeichnen sind, aber wünschen uns den Ausbau der Angebote!

Der Ausschuss LEMK des Stadtverbandes Köln der GEW fordert die Schulbehörden auf, dass

- die internationalen Förderklassen personell und mit Material ausreichend ausgestattet werden.
- die Kolleg\*innen in diesen Klassen eigene Fachkonferenzen einberufen können, um fachspezifische Probleme gemeinsam zu lösen.
- die Genehmigung eines Fachetats gesichert wird.
- die Klassengröße nicht über 12 Kinder steigt.
- die Doppelbesetzung in allen Unterrichtsstunden gewährleistet wird.
- die eingeschulten Kinder an derselben Schule bleiben, bis sie den Abschluss ihrer Schullaufbahn erreicht haben.
- durch Fortbildungen und Seminare die Lehrkräfte über kulturelle und traditionelle Hintergründe der Schüler\*innen informiert werden.



Zum 60. Jubiläum des 1. Mai rufen die Gewerkschaften alle Arbeiter\*innen, Angestellten und Beamt\*innen zu Kundgebungen auf. Jede\*r soll die Stimme für Völkerfrieden, Vollbeschäftigung und Neuordnung der Wirtschaft erheben. Quelle: DGB

## Kampftag und/oder Feiertag – Zur Geschichte des 1. Mai

Da wir bei Redaktionsschluss davon ausgehen mussten, dass der 1. Mai in diesem Jahr nicht wie üblich begangen werden kann, liefern wir statt einer aktuellen Stellungnahme den Blick in die Entstehungsgeschichte des Arbeiterkampftags. // **Darstellung durch den Deutschen Gewerkschaftsbund** (Bearbeitung: Guido Schönian)

Zum 100. Jahrestag des Sturms auf die Bastille trafen sich 400 Delegierte sozialistischer Parteien und Gewerkschaften aus zahlreichen Ländern zu einem internationalen Kongress am 14. Juli 1889 in Paris. In der beschlossenen Resolution hieß es:

„Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, dass gleichzeitig in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen (...). In Anbetracht der Tatsache, dass eine solche Kundgebung bereits von dem amerikanischen Arbeiterbund (...) für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen.“

### Arbeitszeitverkürzung

Die Vorgeschichte begann zum Ende des Bürgerkriegs 1865, als die amerikanischen Gewerkschaften erstmals die Forderung nach der Einführung des Acht-Stunden-Tags erhoben. Elf bis 13 Stunden waren bis dato üblich. Es sollten jedoch beinahe zwanzig Jahre vergehen, bis sie 1884 die allgemeine und verbindliche Durchsetzung einer täglich achtstündigen Arbeitszeit in Angriff nahmen. Für den 1. Mai 1886 wurde dafür ein mehrtägiger Generalstreik beschlossen. Noch stand nicht der Termin, sondern die Forderung im Mittelpunkt. Der Grund für die Terminwahl war ein völlig banaler und wenig zur Mythenbildung geeigneter: Der 1. Mai galt in den USA

traditionell als „Moving day“, als Stichtag für den Abschluss oder die Aufhebung von Verträgen, häufig verbunden mit Arbeitsplatz- und Wohnungswechsel. Der Acht-Stunden-Tag sollte in die neuen Verträge aufgenommen werden. Dafür traten am 1. Mai 1886 rund 400.000 Beschäftigte aus 11.000 Betrieben der USA in den Streik, aber nur für 20.000 Arbeiter konnte der Acht-Stunden-Tag wirklich durchgesetzt werden.

### Spaltungsversuch durch die Herrschenden und Schulterschluss der internationalen Arbeiterbewegung

Diesen bescheidenen Erfolg überschatteten die Ereignisse in Chicago. Die Kundgebung am dortigen Haymarket endete in einem Disaster. Nach Darstellung der Polizei warfen Anarchisten eine Bombe auf die anwesenden Beamten, der sieben Polizisten zum Opfer fielen. Vier anarchistische Arbeiterführer wurden, obwohl keine Beteiligung am Anschlag nachgewiesen werden konnte, zum Tode verurteilt und gehenkt.

Der blutige Vorfall konnte den Kampf für den Acht-Stunden-Tag nur vorübergehend unterbrechen. Im Dezember 1888 erklärten die in St. Louis versammelten Gewerkschaftsdelegierten, am 1. Mai 1890 erneut Streiks und Kundgebungen durchzuführen. Die Bewegung war nicht auf die USA begrenzt, im selben Jahr forderten zum Beispiel auch die französischen Gewerkschaften die Einführung des Acht-Stunden-Tags.

In Deutschland fiel der Beschluss des Kongresses in Paris zusammen mit der größten Streikwelle, die das Kaiserreich bis dahin erlebt hatte. Bis Dezember 1889 hatten 18 Gewerkschaften ihre Absicht erklärt, am kommenden 1. Mai zu streiken. Diese Erklärungen waren nicht unumstritten. Im Kaiserreich war die Streikneigung verglichen mit anderen Ländern eher gering. Das hatte nicht nur mit der Schwäche der Gewerkschaften oder dem kühleren Temperament des „deutschen Michels“ zu tun. Als die Maifeier vorbereitet wurde, galt in Deutschland noch das Sozialistengesetz.

### Verbot der SPD

Die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“, der viele Gewerkschafter\*innen und Sozialist\*innen nahe standen, war zwar zu den Reichstagswahlen zugelassen, aber als Organisation verboten. Während der Vorsitzende, der aus Deutz stammende August Bebel, im Reichstag Reden hielt, musste die Parteizeitung „Vorwärts“ in Schweizer Käse verpackt über die Grenze geschmuggelt werden.

Die Unternehmerverbände drohten für den Fall von Streiks am 1. Mai mit Aussperrungen, Entlassungen und Schwarzen Listen. Wer darauf geriet, brauchte sich in seiner Gegend um Arbeit nicht mehr zu bemühen. Nur wenige Unternehmer, wie der Fabrikant Heinrich Freese oder Ernst Abbe (Zeiss Jena), der 1900 den 1. Mai als bezahlten (zunächst halben) Feiertag einführte, waren um sozialen Ausgleich und Deeskalation des Klassenkonflikts bemüht. Sie nahmen es mit der Arbeitsruhe am 1. Mai nicht so genau oder feierten gar mit.

### Entstehung des DGB

Trotz drohender Sanktionen beteiligten sich am 1. Mai 1890 in Deutschland etwa 100.000 Arbeiter\*innen an Streiks, Demonstrationen und sogenannten „Maispaziergängen“. Die regionalen Schwerpunkte bildeten Berlin und Dresden, aber auch Hamburg, wo es zu einem besonders erbitterten Arbeitskampf mit zeitweise 20.000 Beteiligten kam. Die Auseinandersetzungen zogen sich dort bis in den

# 1. Mai

Spätsommer hin. Das war nur deshalb möglich, weil die Gewerkschaften die Aktionen an allen anderen Orten nach und nach aufgaben, um sich auf Hamburg konzentrieren zu können.

Es gelang ihnen zwar, das Koalitionsrecht zu sichern. Die im internationalen Vergleich bescheidene Forderung nach einem Neun-Stunden-Tag ließ sich jedoch nicht durchsetzen. Es blieb, wie in den meisten anderen kapitalistischen Ländern, zunächst bei zehn Stunden als Regelarbeitszeit. Ein „Nebenprodukt“ des Streiks resultierte aber aus der Erfahrung gemeinsamer Aktionen. Sie bewog die Vertreter\*innen der Gewerkschaften zur Gründung eines Dachverbandes, der noch 1890 als „Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands“ unter Führung Carl Legiens ins Leben trat: Das war die Geburtsstunde des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Die Sozialdemokratische Partei (SPD), gerade wieder zugelassen, beschloss auf ihrem Hallenser Parteitag im Oktober 1890, den 1. Mai als dauerhaften „Feiertag der Arbeiter“ einzuführen. Um der Provokation die Spitze zu nehmen, wollte sie von Arbeitsruhe dort absehen, wo sich ihr Hindernisse in den Weg stellten. Partei und Gewerkschaften machten den Aufruf zum Streik von der wirtschaftlichen Lage des jeweiligen Betriebs abhängig. Wo er nicht möglich war, sollten am ersten Maisonntag Umzüge und Feste im Freien stattfinden.

Mit dem Ersten Weltkrieg brach die „Sozialistische Internationale“ auseinander, weil die SPD sich – wie viele ihrer Schwesterparteien in anderen Ländern – entschied, für ihr Vaterland und nicht für Lohnbewegungen und Maikundgebungen zu kämpfen. Die daraus resultierenden Konflikte zerrütteten die Familienverhältnisse in der Arbeiterbewegung. Auch die deutsche Sozialdemokratie zerbrach. Nach Kriegsende gab es zwei sozialdemokratische und eine kommunistische Partei (KPD), deren Vorläufer, der „Spartakusbund“, gegen den Krieg auftrat und bereits seit 1916 wieder zu Streiks und Maidemonstrationen aufrief. Zu den Gründungsmitgliedern von „Spartakusbund“ und KPD gehörten Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.

Der vollständige Artikel, der auch die Zeit zwischen 1933 und -45 aufgreift, findet sich unter <https://www.dgb.de/themen/++co++d199d80c-1291-11df-40df-00093d10fae2>



Weit über 1000 Gegendemonstrant\*innen vor dem Kulturbahnhof Overath gegen eine Veranstaltung mit 50 Teilnehmer\*innen der AfD.

## Bergisches Bündnis gegen Hass und Hetze

Als bekannt geworden war, dass im örtlichen „Kulturbahnhof“ eine Versammlung der AfD Rhein-Berg stattfinden würde, hatte sich binnen kürzester Zeit das breite „Bündnis gegen Rechts in Overath“ gebildet. Anstatt der erwarteten 300 nahmen weit über 1000 Menschen an der Kundgebung gegen Hass und Hetze auf dem Bahnhofplatz teil! Einige Fragen bleiben allerdings offen ... // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

Neben dem Heimat- und Bürgerverein, dem Bergischen Geschichtsverein, den Kirchengemeinden und sämtlichen Overather Ratsmitgliedern zählten auch die Schüler\*innen der beiden weiterführenden Schulen zu den Aufrufer\*innen für die Demo gegen die Rechtsextremen. Dass am Ende mehr als drei Mal so viele Overather\*innen, aber auch Vertreter\*innen von „Köln gegen Rechts“ und Einwohner\*innen aus umliegenden Bergischen Gemeinden den Weg in die Kleinstadt gefunden hatten, um gegen die geistigen Brandstifter Gesicht zu zeigen, überraschte dann sogar die Veranstalter\*innen.

Unter dem Titel „Brandheiss“ wollte die AfD RheinBerg einen „populistischen Ascherfreitag“ begehen. Dazu eingeladen war kein geringerer als Stephan Brandner, der als MdB und Vertrauter des Faschisten Höcke dem völkisch-nationalistischen Flügel dieser Partei zugeordnet wird. In einem einmaligen Vorgang war er im November vergangenen Jahres als Vorsitzender des Bundestags-Rechtsausschusses u.a. wegen

Antisemitismus und mangelndem „Anstand, Respekt und Würde für das Amt“ abgewählt worden.

So offen und bürgernah die Rechtsaußen-Partei sich gerne gibt, so unmöglich war es jedoch, den Saal des Kulturbahnhofs zu betreten. Hatte man die Polizeiabsperrungen hinter sich gebracht, traf man auf den privaten Sicherheitsdienst, der streng nach Gästeliste aussortierte.

### „Wer bezahlt eigentlich den Polizeieinsatz?“ - Fragen über Fragen

Ob Overath überhaupt schon mal ein derart starkes Polizeiaufgebot erlebt hat, bleibt offen. Unter den Teilnehmer\*innen der Antifa-Kundgebung waren allerdings etliche Eltern mit Kindern, Rentner\*innen und Jugendliche, die die Frage diskutierten, ob denn wenigstens die AfD es sei, die für den Einsatz so vieler Polizist\*innen zur Kasse gebeten wird. In Relation zu der vielleicht 50 Gäste zählenden Veranstaltung der AfD stand dieser Aufmarsch jedenfalls nicht. Da fragt man sich, ob es nicht einfacher, stressfreier und

auch kostengünstiger gewesen wäre, die wenigen Rechten wären in ihre Wohnzimmer verwiesen und der Kulturbahnhof der Stadt nicht für derart kulturlos zur Verfügung gestellt worden.

### Polizeieinsatz für wen?

Aber es ging noch weiter: Nachdem die Polizei ca. 100 Teilnehmer\*innen der bunten Kundgebung aufgefordert hatte, die Hälfte des Bahnhofsplatzes frei zu machen (um mit tatkräftiger Unterstützung der Ordner\*innen derselben Kundgebung [!] dann Absperrgitter aufzustellen), wurden die Antifaschist\*innen auf die Hauptstraße „gebeten“, die dafür komplett gesperrt wurde. Das führte an jenem Freitagabend um 17.30 Uhr (!) zum völligen Verkehrskollaps.

Kurz gesagt wurde mal eben die gesamte Stadt lahmgelegt, um der AfD einen reibungslosen Ablauf ihrer Veranstaltung zu ermöglichen. Die Frage der Verhältnismäßigkeit, wem was mit welchen Mitteln und auf wessen Kosten ermöglicht wird, stellt sich auch an dieser Stelle.

**„Bei Hitlers brennt noch Licht.  
Es ist nie ganz erloschen.  
Nur eine kurze ruhige Zeit  
wars Fenster fest verschlossen.  
[...] Jetzt treten sie ans Fenster,  
jetzt sieht man sie,  
jetzt hört man sie,  
Das sind keine Gespenster. [...]“**

SIMON PEARCE

**„Bei Hitlers brennt noch Licht“**

Zu den Beiträgen auf der Bühne des Overrather Bündnisses zählte auch die vertonte Version von „Bei Hitlers brennt noch Licht“ des Kölner Künstlers Simon Pearce. Eine Rednerin (Jahrgang 1934) appellierte mit zittriger Stimme an die große Schar der Aufrechten: „Bitte helft mit, dass so etwas nie wieder geschieht. Ich habe erlebt, wie Freunde von mir verhaftet und dann in die Gaskammern getrieben worden sind!“ Ein syrischer Flüchtling zeichnete ein eindringliches Bild seiner durch Krieg und Vertreibung erzwungenen Flucht und verlangte: „Redet mit uns und nicht über uns!“

**Fazit**

Das Kräfteverhältnis am Abend des 28. Februar 2020 lag bei 50 zu 1000 gegen Rechts. Warum wird ein Bahnhofplatz dann zur Hälfte frei gemacht, damit die AfD ihre paar geladenen Gäste ungehindert zu einer Veranstaltung führen kann, über deren Inhalt man wahrscheinlich lieber gar nichts wissen mag? Weshalb wird die Gegenkundgebung stattdessen von der Polizei und den eigenen Ordner\*innen auf die andere, viel zu kleine Hälfte des Bahnhofplatzes gedrängt, was die Sperrung der städtischen Durchgangsstraße und den kompletten Stillstand des freitäglichen Feierabendverkehrs zur Folge hat?

Es wäre möglich gewesen, die Veranstaltung zu verhindern. Wem hätte das geschadet? Der Meinungsfreiheit? Alle wissen, welche Meinungen in der AfD vertreten werden. Und welche Meinung ein „Rechtsaußen“ namens Brandner vertritt, ist ebenfalls bestens bekannt. Soll er sie haben, aber bitte nicht im öffentlichen Raum und bitte nicht in einem städtischen Gebäude, das von der Allgemeinheit finanziert wird. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht eines Tages aufwachen und denken: „Hätten wir mal mehr getan!“. Mit den meisten Zuspruch fand schließlich der Redner der antifaschistischen Kundgebung, der feststellte: „Wehret den Anfängen? - Dafür ist es nach Halle und Hanau eigentlich schon zu spät!“



Ungewohntes Bild in Overath: Bereitschaftspolizei, die die AfD-Veranstaltung absichert.

**„Redet mit uns und nicht über uns!“**

(REDEBEITRAG EINES AUS SYRIEN GEFLÜCHTETEN)

Alle Bilder: G. Schönian

## Die Beihilfe – eine Einführung

// Nina Goerges, Rechtsberatung GEW StV Köln

Die Beihilfe ist eine finanzielle Unterstützung in Krankheits-, Geburts-, Pflege- und Todesfällen für deutsche Beamt\*innen, deren Kinder sowie deren Ehepartner\*innen, soweit diese nicht selbst sozialversicherungspflichtig sind. Die Beihilfe ist Teil der Alimentation und damit ein Teil der Grundsätze des Berufsbeamten-tums.

**Warum gibt es die Beihilfe?**

Beamte\*innen sind nicht sozialversicherungspflichtig, sie bezahlen also nicht verpflichtend in die gesetzliche Renten- und Krankenversicherung ein. Leider heißt das hier in NRW auch, dass es für Beamt\*innen, im Gegensatz zu ihren tarifbeschäftigten Kolleg\*innen, keinen Zuschuss des Dienstgebers zu den Beiträgen der gesetzlichen Krankenversicherung gibt. Eine gesetzliche Krankenversicherung ist für Beamt\*innen hier in NRW also sehr unattraktiv, da er/sie sowohl den Arbeitnehmer\*innen- als auch den Arbeitgeber\*innenanteil bezahlen muss.

Im Rahmen der Fürsorgepflicht erhalten alle Beamt\*innen aber im Krankheitsfall eine Beihilfe zu den entstanden (Krankheits-) Kosten. Die Höhe des Beihilfesatzes, also der Anteil der zu erstattenden Kosten, ist je nach Status unterschiedlich und kann zwischen 50 % - 80 % betragen. Die restlichen Kosten werden durch eine private Krankenversicherung, die die Beamt\*innen abschließen sollte, gedeckt.

Die Höhe der Beihilfe und damit der Bemessungssatz ist personenbezogen:

- Beihilfeberechtigte ohne oder mit einem Kind: 50 Prozent
- nicht selbst beihilfeberechtigte Ehegatt\*innen oder eingetragene Lebenspartner\*innen: 70 Prozent
- berücksichtigungsfähige Kinder sowie beihilfeberechtigte Waisen: 80 Prozent
- Beihilfeberechtigte mit zwei oder mehr Kindern (bei mehreren Beihilfeberechtigten gilt dieser Bemessungssatz nur für einen zu bestimmende\*n Berechtigte\*n): 70 Prozent

**Kostendämpfungspauschale**

Für jedes Kalenderjahr, aus dem Aufwendungen in einem Beihilfeantrag geltend gemacht werden, ist die auszahlende Beihilfe um eine Kostendämpfungspauschale einmalig zu kürzen. Die Höhe dieser Kürzungen ist gestaffelt und beträgt je nach Gehaltshöhe zwischen 150 und 750 Euro.

**Begrenzung der finanziellen Belastung**

Die Kostendämpfungspauschale, der Eigenanteil bei zahntechnischen Leistungen und die Selbstbehalte bei Inanspruchnahme von Wahlleistungen im Krankenhaus dürfen eine Belastungsgrenze von 1,5 Prozent der Bruttojahresbezüge nicht übersteigen. Maßgeblich sind dabei die Bezüge aus dem Vorjahr. Wird die Belastungsgrenze überschritten, werden keine weiteren Selbstbehalte abgezogen.

**Nichtverschreibungspflichtige Medikamente und Therapien**

Medikamente und Therapien werden in der Regel nicht als beihilfefähig anerkannt, wenn sie von den gesetzlichen Krankenversicherungen ebenfalls nicht getragen werden.

**Beantragung der Beihilfe**

Beihilfe ist rechtzeitig zu beantragen, wenn die Aufwendungen entstehen bzw. die Rechnungen vorliegen. Für Aufwendungen ab dem 01.01.2019 gilt eine Frist von 24 Monaten nach der ersten Rechnungsstellung. Es gibt eine Beihilfe-App. Mit ihr kann man mittels Kurzantrag die erforderlichen Belege digital über ein Smartphone oder Tablet einreichen. Wichtig ist, dass für bestimmte Leistungen, z. B. bei psychotherapeutischen Behandlungen, bei bestimmten Hilfsmitteln, bei Sanatoriumsaufenthalten oder bei Heilkuren die vorherige Anerkennung durch die Beihilfenfestsetzungsstelle erforderlich ist.

# Eine kurze Einführung in die Vergütung von Mehrarbeit

// Nina Goerges, Rechtsberatung GEW StV Kön

Die Vergütung von Mehrarbeit richtet sich nach dem Erlass „Mehrarbeit und nebenamtlicher Unterricht im Schuldienst“ (BASS 21-22 Nr. 21).

Bei der Vergütung muss zwischen teilzeitbeschäftigten und vollzeitbeschäftigten Lehrkräften unterschieden werden.

Bei vollbeschäftigten Angestellten und Beamt\*innen ist der Mehrarbeitsunterricht nicht vergütbar, wenn die Zahl der (Mehrarbeits-)Unterrichtsstunden im Kalendermonat weniger als 4 Stunden beträgt. Ab der 4. (Mehrarbeits-)Stunde im Kalendermonat erhalten die Beschäftigten alle 4 Stunden bezahlt. Die Bezahlung erfolgt als Vergütung von Einzelstunden (nach der Mehrarbeitsvergütungsverordnung). Das bedeutet zur Zeit: Eine Lehrkraft an der Grundschule (A 12 oder EG 11) erhält pro Stunde eine Vergütung in Höhe von 23,71 Euro.

Der Berechnungszeitraum für geleistete Mehrarbeit und für Ausfallstunden ist immer der Kalendermonat.

Nicht jede mehr gearbeitete Stunde wird auch als Mehrarbeit bezahlt. Grundsätzlich gilt, dass eine vergütbare Mehrarbeit nur bei Mehrbeanspruchung durch Unterrichtstätigkeit vorliegt. Dienstliche Leistungen, die keine Unterrichtstätigkeit darstellen, sind daher keine vergütbare Mehrarbeit. Der Erlass nennt hierfür Beispiele: Demnach liegt vergütbare Mehrarbeit insbesondere nicht bei der Teilnahme an Eltern- und Schülersprechtagen, bei Teilnahme an Konferenzen, bei Fortbildungsveranstaltungen, bei Schulveranstaltungen (z. B. Sportfest) oder bei Erledigung von Verwaltungsarbeit vor.

Um die Anzahl der vergütbaren Mehrarbeitsstunden in einem Monat feststellen zu können, unterscheidet der Erlass zwischen Pflichtstunden, anrechenbaren Ausfallstunden und nicht anrechenbaren Ausfallstunden.

Ausgangspunkt des Mehrarbeitserlasses sind erst einmal die geleisteten Pflichtstunden. Auf diese Pflichtstunden (z. B. 28 Stunden an der Grundschule) werden die sogenannten „anrechenbaren Ausfallstunden“ dazugezählt. Das sind Stunden, die zwar ausgefallen sind, aber wie eine „echte“ Unterrichtsstunde auf die tatsächlich geleisteten Unterrichtsstunden angerechnet werden, z. B. bei Unterrichtsausfall wegen ge-

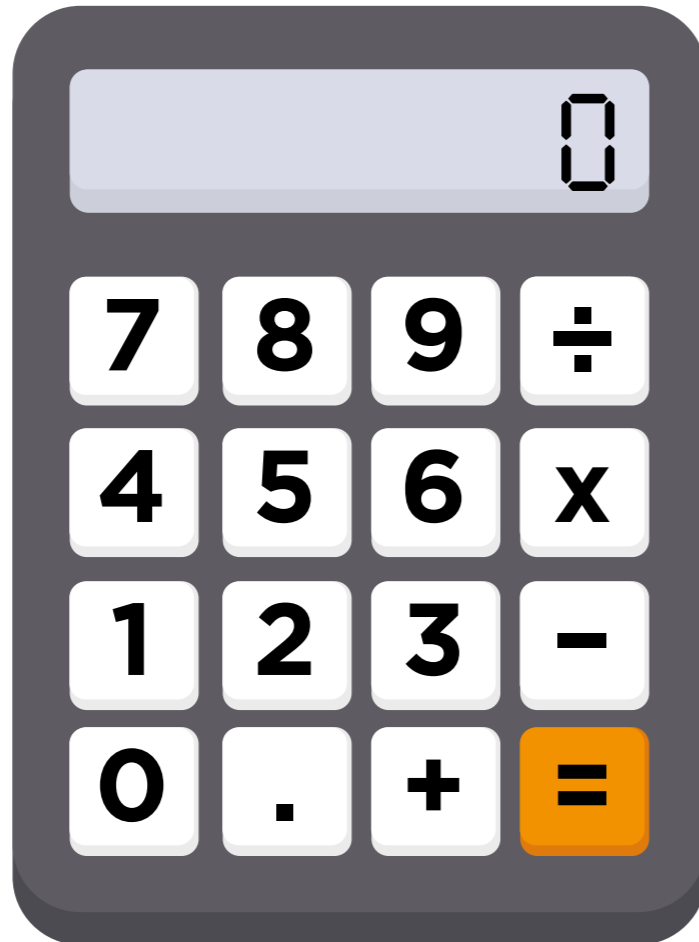
setzlichen Feiertagen, an Ferientagen oder an Krankheitstagen. Ebenfalls anrechenbare Ausfallstunden liegen ferner vor, wenn der Unterricht wegen der Wahrnehmung anderer dienstlicher Tätigkeiten ausfällt z. B. bei Elternsprechtagen, bei Konferenzen, bei Prüfungen, bei Schulveranstaltungen oder bei der Erledigung von Verwaltungsarbeit. Zusammen sind diese Stunden (tatsächlich geleistete Stunden + anrechenbare Ausfallstunden) laut Erlass die sogenannten „Ist-Stunden“.

Neben den „anrechenbaren Ausfallstunden“ gibt es auch die sogenannten „nicht anrechenbaren Ausfallstunden“. Diese liegen vor, wenn Pflichtstunden aus folgenden Gründen ausfallen: wetterbedingt, bei Schulwanderungen und Schulfahrten, bei Betriebspraktika, bei vorzeitigem schulfrei am letzten Tag vor den Ferien, bei Störungen des Dienstbetriebes (z. B. bei Ausfall der Heizung oder Wasserrohrbruch) oder bei vorzeitigem unterrichtsfrei der Abschluss-

klassen. (Die Aufzählung ist nicht abschließend!)

Für die Berechnung der Mehrarbeitsvergütung ist diese Unterscheidung wichtig. Die nicht anrechenbaren Ausfallstunden können mit den Mehrarbeitsstunden verrechnet werden. Hierfür ein Beispiel: In einem Monat werden fünf Mehrarbeitsstunden geleistet. Im selben Monat fallen, z. B. durch hitzefrei, drei Stunden aus. Abgerechnet werden dann zwei Stunden Mehrarbeit. Wichtig ist hier, dass in diesem Fall auch nur zwei Mehrarbeitsstunden vergütet werden!

Bei Teilzeitkräften wird die Mehrarbeit immer von der ersten Stunde an bis zum Erreichen der Vollbeschäftigung bezahlt (anteilige Besoldung). Anders als bei Vollbeschäftigten wird jede Mehrarbeitsstunde bezahlt. Eine Verrechnung mit Ausfallstunden an anderer Stelle darf nicht erfolgen.



# GEW unterstützt Online-Petition zur Kölner Verkehrswende

Was kommt nach Corona? Manches wird anders sein als vorher. Wird nach dieser Krisen-Erfahrung Gemeinsinn wieder mehr gelten als Eigennutz? Es wird auch an uns liegen, was wir draus machen! // **Angela Bankert, für die Kölner GEW im Bündnis Verkehrswende aktiv**

Der nächste Kölner Stadtrat und die nächste Oberbürgermeisterin oder der nächste Oberbürgermeister werden eine Richtungsentscheidung für die Verkehrspolitik treffen müssen: Verkehrswende oder U-Bahn-Tunnel? Beides zusammen geht nicht.

Was ist die positive Alternative? Was muss passieren, damit es mit dem Verkehr in Köln besser wird, im Sinne von mehr Lebensqualität in der Stadt und mehr Klimagerechtigkeit? Diese Fragen haben wir zusammen mit vielen verkehrs- und klimapolitisch Engagierten in Köln diskutiert. Die GEW ist Teil des Bündnisses Verkehrswende Köln.

Ende 2019 haben wir alle gemeinsam den Aufruf „Kölner Verkehrswende jetzt!“ verabschiedet. Dieses 10-Punkte-Programm könnt ihr hier finden: <https://verkehrswende.koeln/koelner-verkehrswende-jetzt>

## Das Bündnis weitet sich aus!

Der Aufruf wird inzwischen außer von der GEW von zahlreichen weiteren Kölner Organisationen unterstützt: Agora Köln, AD-FC-Allgemeiner Deutscher Fahrradclub Köln, Attac Köln, BUND Köln, Bündnis Verkehrswende Köln, Extinction Rebellion Köln, Fridays for Future Köln, Fuss e.V., Grannies for Future Köln, Kritical Mass, Radkomm, NABIS, Parents for Future Köln, Parto-Partizipation und Organisation, VCD-Verkehrsclub Deutschland Köln. Es ist das breiteste Verkehrsbündnis, das Köln bisher gesehen hat!

Mit engagierten Mitgliedern dieser Organisationen haben wir die „Aktionsgemeinschaft Kölner Verkehrswende“ gebildet. Das Ziel ist, die Verkehrspolitik zum Thema des Kommunalwahlkampfes zu machen. Auf der Grundlage des 10-Punkte-Aufrufs wurde nun eine Petition gestartet. Bitte unterstützt jetzt diese Petition mit eurer Unterschrift:

<https://weact.campact.de/petitions/etweed-zick-mer-sin-su-wigg-koelner-verkehrswende-jetzt>



Ladet auch Freund\*innen und Bekannte ein sich anzuschließen!



## Pädagogen For Future

### Stellungnahme

von Erzieher\*innen, Lehrer\*innen, Pädagog\*innen und Ehrenamtlichen im Bildungsbereich zu den Schüler\*innen-Protesten für mehr Klimaschutz und zu den Stellungnahmen von Wissenschaftler\*innen und Eltern 14.05.2019 [paedagogenforfuture.org](http://paedagogenforfuture.org)

Siehe: [fridaysforfuture.de](http://fridaysforfuture.de) Offener Brief vom 23.01.2019, Forderungen vom 08.04.19. [parentsforfuture.de](http://parentsforfuture.de) Offener Brief vom 10.3.2019. [scientists4future.org](http://scientists4future.org) Stellungnahme vom 12.03.19

Seit Dezember 2018 demonstrieren in Deutschland junge Menschen für ambitionierten Klimaschutz und drücken ihre Sorge darüber aus, dass ihre Zukunft existentiell gefährdet ist. Die älteren Generationen werden in die Verantwortung genommen dafür, in welchem Zustand sie den Planeten den jüngeren Generationen übergeben. Der dringende Appell der jungen Menschen an die jetzigen Entscheidungsträger\*innen, mehr für Klimaschutz und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen zu tun, um eine unumkehrbare Klimakatastrophe noch zu verhindern, wird von mittlerweile über 27.000 Wissenschaftler\*innen unterstützt und stützt sich auf gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse.

Als Erzieher\*innen, Lehrer\*innen, Pädagog\*innen und ehrenamtlich Tätige erklären wir unsere Unterstützung für diese Forderungen.

Wir unterstützen nachdrücklich die Kernforderung der Bewegung Fridays for Future:

Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Ziels sowie die Forderungen für Deutschland:

- Nettonull Treibhausgasemissionen in 2035 erreichen
- Kohleausstieg bis 2030
- 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035

Entscheidend für die Einhaltung des 1,5°C-Ziels ist, die Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich stark zu reduzieren. Deshalb fordern wir bis Ende 2019:

- Das Ende der Subventionen für fossile Energieträger
- 1/4 der Kohlekraftwerks-Kapazitäten abschalten
- Eine Steuer auf alle Treibhausgasemissionen. Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss schnell so hoch werden wie die Kosten, die dadurch uns und zukünftigen Generationen entstehen. Laut UBA sind das 180 € pro Tonne CO<sub>2</sub>.

Die Verwirklichung dieser Forderungen muss sozial verträglich gestaltet werden und darf keinesfalls einseitig zu Lasten von Menschen mit geringem Einkommen gehen.

Wir sind oder waren im Bildungs- und Erziehungsbereich für die nachfolgenden Generationen tätig. Jeden Tag investieren wir Kraft und Liebe, damit junge Menschen einen guten Start in ihr Leben und bestmögliche Voraussetzungen für ein glückliches, zufriedenes, gesundes, sinnerfülltes und erfolgreiches Leben haben. Gleichzeitig erreichen uns fast täglich Meldungen über die – auch in Deutschland – bereits spürbaren Folgen der Klimakrise - sowie Prognosen für eine dramatische Verschärfung in der nahen Zukunft.



Wenn wir, die älteren Generationen, unser Handeln nicht ändern, wird das Leben unserer Kinder und Enkelkinder sowie nachfolgender Generationen stark beeinträchtigt bis unmöglich werden. Hitzewellen, Dürren und damit verbundene Lebensmittelknappheit, extreme Überschwemmungen, Massenmigration und das Aussterben wichtiger Tier- und Pflanzenarten sind nur wenige Beispiele für die akute Bedrohung des Lebens auf der Erde. Die heutigen Kinder und Jugendlichen und die, die in den nächsten Jahren erst geboren werden, haben die Krise nicht verursacht, werden aber von ihr existentiell betroffen sein.

Wir als Erzieher\*innen, Lehrer\*innen, Pädagog\*innen und Ehrenamtliche im Bildungsbereich nehmen unsere Verantwortung wahr, im Namen der heutigen und künftigen Menschen auf dieser Erde auf die Folgen unzureichenden Handelns hinzuweisen. Wir schließen uns der Forderung der jungen Menschen und der Klima-Forscher\*innen an und sagen: Unsere Gesellschaft muss sich ohne weiteres Zögern auf Nachhaltigkeit ausrichten.

Die in den Bildungsverordnungen verankerte Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) hat als Grundlage die Verbindung von Menschenwürde, Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und Gerechtigkeit hinsichtlich der Lebenschancen für heute lebende Menschen und für zukünftige Generationen (Berliner Bildungsprogramm für Kitas und Kindertagespflege 2014). Gelingende BNE bedarf aber veränderter struktureller Rahmenbedingungen und breiter Unterstützung, ohne die ein konsequenter Wandel hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft nicht möglich ist. Vor allem aber wird sie von den Kindern und Jugendlichen zu Recht als unglaublich empfunden, wenn sie andere Ziele und Werte vermittelt, als sie in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft vorgelebt werden. Wir fordern, dass jetzt schnell gehandelt wird, um diesen Wandel einzuleiten und eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen.

Wir fordern von den politischen Entscheidungsträger\*innen JETZT entsprechend ihrer Verantwortung und ihrer Verpflichtung als Volksvertreter\*innen, für eine lebenswerte Zukunft heutiger und kommender Generationen zu handeln.

Die Stellungnahme ist das Ergebnis einer Gemeinschaftsarbeit mehrerer Erzieher\*innen, Lehrer\*innen und Pädagog\*innen.

Diese Veranstaltung wird wahrscheinlich auf einen späteren Termin verschoben, der bitte bei den Organisator\*innen zu erfragen ist!



## „Wir übernehmen Verantwortung!“

### Multiplikator\*innen-Schulung „Sicherheit neu denken“

Angesichts erneuter Aufrüstung setzt sich die Initiative „Sicherheit neu denken“ für die Überwindung militärischer Sicherheitspolitik ein. Dazu hat die Evangelische Landeskirche in Baden 2018 ein Szenario für eine rein zivile Sicherheitspolitik vorgestellt. Ähnlich dem inzwischen beschlossenen Ausstieg aus der Atomenergie und dem greifbaren Ausstieg aus der Kohleenergie strebt die Initiative einen Ausstieg aus der militärischen Sicherheitspolitik bis zum Jahr 2040 an. Um das Szenario in Gemeinden, Eine-Welt-Gruppen, Gewerkschaften,

Bildungseinrichtungen und bei sonstigen Institutionen und Interessierten bekannter zu machen, suchen wir Multiplikator\*innen, die die Inhalte, das Konzept und die Vorgehensweise des Szenarios vorstellen können. Dazu bieten wir eine zweitägige Schulung an. Sie führt in praktische Methoden zur Vermittlung des Szenarios ein, gibt Hilfsmittel an die Hand und beantwortet auch inhaltliche Fragen.

Referent\*innen: Ralf Becker, Projektkoordinator Sicherheit neu denken (im Auftrag der Ev. Landeskirche Baden u.a.); Birgit Lehmann, Schulsozialarbeiterin

### Programm

Freitag, 08. Mai 2020

17<sup>00</sup> „Was mich an Sicherheit neu denken begeistert“ – Sammlung von Fragen und Bedürfnissen

18<sup>30</sup> Abendessen

19<sup>30</sup> Warum Sicherheit neu denken? Und wie? Vorstellung der Szenario-Initiative, praktischer Hilfsmittel und Methoden

20<sup>30</sup> Ende

(Bei Interesse: 21<sup>00</sup> Aufführung des Friedensatoriums „Lux et tenebris“ im Kölner Dom, bzw. Übertragung auf der Domplatte)

Samstag, 09. Mai 2010

09<sup>30</sup> Morgenrunde

10<sup>00</sup> Die Überwindung des Mythos der erlösenden Macht der Gewalt

Argumente und Studien

10<sup>45</sup> Kaffeepause

11<sup>00</sup> Friedenslogik?

Eigenarbeit in Projektgruppen

12<sup>30</sup> Mittagspause

13<sup>30</sup> Übung konkreter Multiplikatoren-Situationen I

Entwicklung von Umsetzungsmöglichkeiten als Multiplikator\*in. Ich packe meinen Multiplikatoren-Koffer

15<sup>00</sup> Kaffeepause

15<sup>30</sup> Übung konkreter Multiplikatoren-Situationen II

Übung eines Kurzvortrags als Multiplikator\*in

16<sup>30</sup> Netzwerk-Bildung, Ausblick zur Initiative im Jahr 2020

17<sup>00</sup> Ende

### Ort:

Zentrum Groß St. Martin, An Groß St. Martin 9-11, 50667 Köln

### Material:

Teilnehmer\*innen erhalten mit der verbindlichen Anmeldung Material zur Vorbereitung: die Kurzfassung des „Szenario Sicherheit neu denken“, die bitte vor der Schulung schon gelesen wird.

### Kosten:

Beitrag für Verpflegung wird vor Ort erbeten.

### Anmeldung:

Katholisches Bildungswerk Köln, Tunisstrasse 4, 50667 Köln; Will@Bildungswerk-Koeln.de

### Koop von:

DFG-VK Gruppe Köln, Friedensbildungswerk Köln, Katholisches Bildungswerk Köln, Melancthon-Akademie, Alois Stoff Bildungswerk der DFG-VK NRW, pax christi



# Organizing als Mittel (über-)betrieblichen Vorgehens

Unter Gewerkschaftsaktiven ist das Organizing ein Ansatz zur Wiedergewinnung alter gewerkschaftlicher Stärke. Eine Rezension des Buchs „Keine halben Sachen“ von Jane McAlevey. // **Angela Bankert, ehemalige Geschäftsführerin der GEW Köln**

Jane McAlevey war selbst mehrere Jahre als Organizerin für eine Umweltschutzorganisation tätig und 15 Jahre in führender Position bei verschiedenen Organizing-Kampagnen des US-Gewerkschaftsbunds AFL-CIO. Seit einigen Jahren wertet sie Organizing-Erfahrungen wissenschaftlich aus.

Die bisherigen Ansätze des Organizing charakterisiert sie als „Mobilizing“, wobei externe hauptamtliche Organizer\*innen eine zentrale Rolle spielen. Oftmals werden sie nach einer bestimmten Zeit wieder abgezogen, weshalb die Erfolge häufig nicht nachhaltig sein können.

### Mobilisierung oder Organisation mit Tiefenwirkung

Demgegenüber soll das von der Autorin als „Deep Organizing“ bezeichnete Konzept dazu führen, dass die Beschäftigten in den Mittelpunkt rücken und dabei unterstützt werden, die Durchsetzung ihrer Interessen selbst in die Hand zu nehmen. Es geht darum, eine ständig wachsende Zahl „normaler“ Beschäftigter nachhaltig zu aktivieren, indem sie nicht nur als Fußtruppen bei Protestaktionen und Streiks, sondern schon bei der Analyse und Strategieentwicklung einbezogen werden.

Das Konzept setzt darauf, dass nur Streiks spürbare Erfolge bringen, die von der überwältigenden Mehrheit der Beschäftigten getragen werden. Anzustreben sei eine Streikbeteiligung von 90 Prozent. In den USA besteht die Notwendigkeit dazu allein schon wegen der strikten Arbeitsgesetze, die erst dann eine gewerkschaftliche Vertretung zulassen, wenn die Mehrheit eines Betriebes sich zu ihr bekennt.

### „Organische Anführer\*innen“

Ganz zentral für das „Deep Organizing“ ist die Rolle von „organischen Anführer\*innen“.

Das sind Kolleg\*innen, die auf innerbetriebliche Netzwerke verweisen und die eigene Abteilung mobilisieren können. Es geht nicht unbedingt um klassische Wortführer\*innen, sondern oft um die Stillen, denen die anderen Kolleg\*innen vertrauen. Sie sehen sich selten selbst als Führungspersonen, sind manchmal sogar skeptisch gegenüber Gewerkschaften, haben aber Einfluss auf ihr Umfeld und kommen aus der Deckung, wenn sie überzeugt sind.

Um festzustellen, ob man auf mögliche „organische Anführer\*innen“ setzen kann, sind sogenannte „Strukturtests“ vorgesehen. Zu denken sei an niedrigschwellige Aktionen wie z.B. die Idee, dass alle, die bestimmte gewerkschaftlichen Anliegen unterstützen, an einem Tag im roten T-Shirt zur Arbeit erscheinen.

Im Rahmen des betrieblichen Mappings wird dann festgehalten, in welchen Bereichen und Abteilungen dies funktioniert hat und wo Schwächen festzustellen sind.

### Radikales Umdenken

McAlevey fordert ein radikal neues Verhältnis zu den Beschäftigten. Ausführlich werden die Bemühungen rund um den erfolgreichen Lehrkräfte-Streik 2013 in Chicago dargestellt, dem ein Kampf innerhalb der Lehrenden-Gewerkschaft CTU vorausging. Es wurden sowohl eigene Außenaktivitäten entfaltet als auch die alte Führung herausgefordert, indem strategische und personelle Alternativen angeboten wurden.

Die Autorin macht an mehreren Beispielen deutlich, dass der Kampf beispielsweise um gewerkschaftliche Ressourcen für das Organizing notwendige Voraussetzung für den erfolgreichen Aufbau kämpferischer Gewerkschaften ist. Beim o.g. Lehrkräftestreik wurde z.B. jede Versammlung mit einer in die Schuldebatte eingebetteten Diskussi-



on zu allgemeineren Themen eröffnet. Es ging um die Plünderung der Staatskassen, die Rolle der Banken, Rassismus etc. Nur die politische Ausbildung über gesellschaftliche Zusammenhänge hilft demzufolge auch über unvermeidliche Niederlagen im Kampf hinweg. Sie entfaltet Hartnäckigkeit und damit Nachhaltigkeit.

Trotz der unterschiedlichen Rahmenbedingungen, die es für Gewerkschaftsarbeit in den USA und hierzulande gibt (hier ist es deutlich leichter!), liefert McAlevey ein sehr gewinnbringendes Buch mit einem lohnenden Ansatz. Es ist jeder und jedem Gewerkschaftsaktiven zur Lektüre empfohlen.

Jane McAlevey: „Keine halben Sachen - Machtaufbau durch Organizing“, 2019, 248 Seiten (16,80 €), ISBN 978-3-96488-000-0

# Louisa Hanoune libérée ! « JE REPRENDS MA PLACE AU SEIN DE MON PARTI ET JE REPRENDS LE COMBAT »

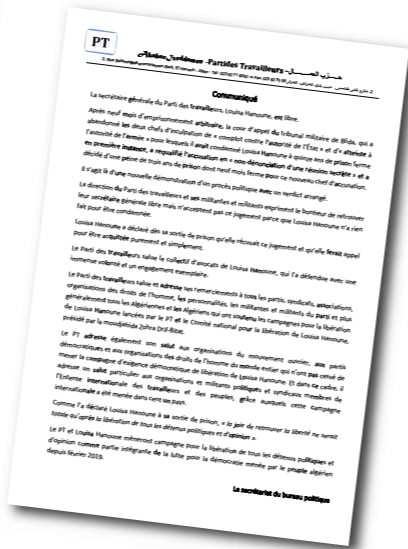
**L**a secrétaire générale du Parti des travailleurs, Louisa Hanoune, a été libérée le 10 février, après son procès en appel qui a duré quarante-huit heures. Le tribunal militaire, qui l'avait condamnée à quinze ans de prison pour complot (1), a requalifié l'accusation en « non-dénonciation d'une réunion secrète » et l'a condamnée à trois ans de prison, dont neuf mois ferme. Peu avant 23 heures, elle est sortie du tribunal, accueillie par des cadres du Parti des travailleurs. Ils ont aussitôt rejoint en voiture Alger, à 45 kilomètres, pour se rendre au local du Parti des travailleurs, où de nombreux adhérents du PT et la presse l'attendaient. Elle a indiqué qu'elle ne ferait pas de déclaration politique ce soir, car en prison, dit-elle, « je n'avais pas les journaux, je n'avais qu'ENTV (chaîne publique du régime), je n'ai pas de données précises sur la situation politique. » Elle a indiqué d'emblée qu'elle récusait ce jugement et qu'elle avait demandé à ses avocats de faire appel car elle n'acceptait, comme responsable politique, aucune condamnation relevant de ses positions et de ses activités politiques. Elle a ensuite remercié tous ceux qui, aux échelles nationale comme internationale, ont mené campagne pour sa libération. Elle a ajouté : « Ma libération ne sera totale que si... »



## Communiqué du Parti des travailleurs

**L**a secrétaire générale du Parti des travailleurs, Louisa Hanoune, est libre. Après neuf mois d'emprisonnement arbitraire, la cour d'appel du tribunal militaire de Blida, qui a abandonné les deux chefs d'inculpation de « complot contre l'autorité de l'État » et d'« atteinte à l'autorité de l'armée » pour lesquels il avait condamné Louisa Hanoune à quinze ans de prison ferme en première instance, a requalifié l'accusation en « non-

son qu'elle récusait ce jugement et qu'elle ferait appel pour être acquittée purement et simplement. Le Parti des travailleurs salue le collectif d'avocats de Louisa Hanoune, qui l'a défendue avec une immense volonté et un engagement exemplaire. Le Parti des travailleurs salue et adresse ses remerciements à tous les partis, syndicats, associations, organisations des droits de



Et dans ce cadre, il adresse un salut particulier aux organisations et militants politiques et syndicaux membres de l'Entente internationale des travailleurs et des peuples, grâce

# Louisa Hanoune ist frei!

Mit beeindruckendem Engagement sowohl in ihrem Heimatland Algerien als auch auf internationaler Ebene konnte ein großer Erfolg errungen werden: Louisa Hanoune ist endlich wieder frei!

// Henning Frey, Mitglied des GfV

**U**nter denjenigen, die sich in den letzten Wochen in 101 Ländern auf praktisch allen Kontinenten für Louisa eingesetzt haben, waren viele Gewerkschafter\*innen - viele tausend Mitglieder aber auch ganze Gewerkschaftsverbände. Das internationale Engagement wurde koordiniert von der Internationalen Verbindung der Arbeitnehmer und Völker (IAV), zu deren Gründungsmitgliedern Louisa Hanoune vor einiger Zeit selbst gehört hat. Es zeigte sich, wie unschätzbar wichtig ein solches Band der Solidarität für uns als Arbeitnehmer\*innen und Gewerkschafter\*innen ist.

Auch wir als GEW-Stadtverband haben uns eingesetzt. Wir wollen deshalb auch von dieser Seite allen Kolleg\*innen danken, die diesen Erfolg möglich gemacht haben, beginnend bei den Delegierten des Gewerkschaftstages bis zu den vielen Engagierten an der Basis.

# Grußbotschaft aus Algerien

Wir wollen Euch aber vor allem auch die Grußbotschaft nicht vorenthalten, die Louisa selbst an alle ihre internationalen Unterstützer\*innen gerichtet hat und geben ihr hiermit das Wort:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde,

dass ich seit dem letzten 10. Februar in Freiheit bin, habe ich sicherlich zu einem großen Teil Eurer Mobilisierung auf dem Wege der Unterzeichnung des internationalen Aufrufs, den Versammlungen und Kundgebungen zu verdanken, an denen Ihr teilgenommen habt.

So erhalte ich zum zweiten Mal, ganz wie 1983-1984, dank der internationalen Solidarität meine Freiheit zurück.

Von dem Gefängnis in Blida aus, wo ich gefangen war, habe ich die internationale Kampagne verfolgt: Arbeiterkämpfer\*innen, Demokrat\*innen, Gewerkschaften, Parteien, Abgeordnete, Parlamente, Kämpfer\*innen für die Menschenrechte und Demokratie, Ihr alle habt aus prinzipiellen Gründen, jenseits Eurer jeweiligen politischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit, meine Rechte, die Freiheit der Meinung und des politischen Handelns gegen ihre Kriminalisierung und ihre unrechtmäßige Unterwerfung unter die Machenschaften der Justiz verteidigt.

Die Ausweitung der internationalen Kampagne für meine Freilassung auf die Verteidigung der anderen politischen Gefangenen und die wegen ihrer Meinungen Inhaftierten in Algerien bedeutete meiner Meinung nach einen qualitativen Schritt voran, der den Lauf der Ereignisse beeinflusst hat.

Da es mir leider unmöglich ist, mich an jede\*n von Euch einzeln zu wenden, sende ich Euch allen hiermit meine solidarischen Grüße und meinen herzlichen Dank, dass Ihr nicht nur in so großem Maße zu meiner Freilassung beigetragen habt, sondern auch die großen Traditionen jener freien Frauen\*Männer bestätigt habt, die Demokratie und Gerechtigkeit schätzen.

Durch diesen begeisterten Elan habt ihr meinen Widerstand und Glauben an ein glückliches Ende gestärkt. Eben dadurch hat die nationale Kampagne an Kraft gewonnen.

Schon früher musste ich gemeinsam mit einigen von Euch für die Freilassung von politischen und/oder gewerkschaftlichen Kämpfer\*innen kämpfen, die genau wie ich in verschiedenen Ländern Opfer der Unterdrückung waren. Ich war sehr bewegt angesichts des vielfältigen und sehr breiten Charakters der internationalen Kampagne für meine Freilassung ebenso wie über die Grußbotschaften, die ich erhalten habe und die mir großen Rückhalt gaben, solange ich isoliert war.

Ich möchte Euch jetzt schon versichern, dass ich mit meiner Partei voll und ganz bereit bin, mit Euch für Demokratie und Freiheit zu kämpfen, überall wo diese angegriffen werden.

In einer Welt, die von großen, ununterbrochenen Umwälzungen erschüttert wird, bestärkt mich das wunderbare, von Euch gebildete und mich schützende Band der Solidarität in meiner tiefen Überzeugung, dass es möglich ist, eine Welt aufzubauen, die frei von jeder Form der Unterdrückung und Ausbeutung ist.

Gestärkt durch diese Gewissheit nehme ich den Kampf in meinem Land wieder auf, wo wir soeben den 1. Jahrestag der Volksrevolution vom 22. Februar 2019 gefeiert haben. Sie hat erfolgreich schon mehrere Siege auf dem Gebiet der Demokratie errungen – beginnend mit dem Kampf für die Freilassung aller politischen und wegen ihrer Meinung inhaftierten Gefangenen und für den Stopp der Unterdrückung in allen ihren Formen.

Diese Revolution hat den Sturz der alten Ordnung zum Ziel und deren Ablösung durch die Herrschaft der Mehrheit des Volkes, der wirklichen Demokratie mit ihrem politischen und sozialen Inhalt.“

Louisa Hanoune,  
Generalsekretärin der Parti des Travailleurs, PT (Arbeiter\*innenpartei Algeriens)  
Algier, 24. Februar 2020

An dieser Stelle dokumentieren wir den Aufruf mehrerer Gewerkschaften für die Region Ile de France (Großraum Paris):

■ Unions régionales Île-de-France



## In Krisenzeiten dürfen die Gewerkschaften nicht zum Anhängsel der Regierung werden, die nur zur besseren Durchsetzung der „Sondermaßnahmen“ da sind

Die Gewerkschaften der Region Île-de-France: CGT, FO, FSU, Solidaires, Unef<sup>1</sup>, UNL<sup>2</sup>

**Dem Coronavirus entgegentreten heißt, Mittel freizugeben, die Beschäftigten zu schützen und das Arbeitsrecht zu respektieren...**

Die regionalen Gewerkschaftsverbände der Île-de-France (Urif), CGT, FO, Solidaires, FSU zusammen mit der Unef und der UNL klagen die kriegstreiberische Rede des Staatschefs und seine Regierung an. Umgesetzt durch den Polizeipräfekten von Paris, rutschen wir in ihrem „Krieg“ gegen den Coronavirus immer weiter in eine Situation, in der ihnen die komplette Macht verliehen wird. Dies werden wir nicht akzeptieren. Insbesondere das „Projekt eines Notgesetzes gegen die Covid-19-Epidemie“, von dem die Urif gerade erfahren haben, beunruhigt uns. Es versetzt die Regierung in die Lage, Gesetze zu erlassen, die die Arbeitnehmerrechte dauerhaft infrage stellen, besonders im Bezug auf bezahlten Urlaub, die Reduzierung der Arbeitszeiten, die wöchentlichen Ruhezeiten oder die Versammlungsfreiheit. Aus Sicht der Urif ist dieses Gesetzesprojekt inakzeptabel und darf nicht umgesetzt werden.

### Die unerträglichen Widersprüche der Regierung

Die Urif verurteilen die unerträglichen Widersprüche, die in der Regierungsansprache deutlich wurden. Während Macron die „Helden in Weiß“ würdigt, schließt das Gesundheitsministerium mehr als 4.000 Betten in einem Jahr, tut nichts dafür, dem Klinikpersonal die nötige Schutzkleidung zur Verfügung zu stellen, neue Betten zu öffnen oder zusätzliche Stellen zu schaffen, um dem Virus entgegentreten.

Die Urif stellen fest, dass das effizienteste Mittel gegen die angekündigte Katastrophe im Gesundheitsbereich nicht nur Händewaschen und „In-die-Ellenbeuge-husten“ ist, es ist auch und vor allem: die Wiedereröffnung der Betten, welche seit Jahren geschlossen wurden; die Schaffung der notwendigen Stellen, um alle Patienten aufzunehmen (die mit und ohne Covid-19); und das ganze Krankenhauspersonal mit dem unbedingt notwendigen Schutzmaterial auszustatten (FFP2-Masken, Desinfektionsmittel, Handschuhe, Schutzbrillen und -Kittel). Dies nicht umzusetzen bedeutet, aufzugeben und das Unannehmliche zu akzeptieren, und zwar sich auf die Triage beim Zugang zum Gesundheitswesen vorzubereiten. Um es klar und deutlich zu sagen: Es wird entschieden werden, wer behandelt und wer nicht behandelt wird...

### Die Krise des Gesundheitssystems ist nicht gleichbedeutend mit dem Ende der Arbeitnehmerrechte

Die Arbeitnehmer\*innen im öffentlichen wie im privaten Sektor sind wütend. Wir sehen es in den verschiedenen Bereichen, bei der Post, im Transportwesen und in der Logistikbranche, wo die Bedingungen zum Schutz der Angestellten nicht gegeben sind. Die Regierung und die Arbeitgeber müssen ohne Aufschub die nötige Schutzausrüstung allen Arbeitnehmer\*innen zukommen lassen. Das Arbeitsrecht gebietet es allen Arbeitgebern ihre Angestellten zu schützen, wovon wir jedoch weit entfernt zu sein scheinen. Die Krise des Gesundheitssystems ist nicht das Ende der Arbeitnehmerrechte!

<sup>1</sup> Gewerkschaft der Studierenden - Anm. d. Ü.

<sup>2</sup> Gewerkschaft der Schüler\*innen - Anm. d. Ü.



Wenn dieser Artikel erscheint, ist sie längst abgelaufen, die Brexit-Uhr. Als der pensionierte Englischlehrer Dieter Teichmann very british: „Good morning ladies and gentleman“ mit uns die Ausstellung betrat, waren es noch 2 Tage, 11 Stunden, 53 Minuten und 33 Sekunden bis zum Brexit. Und wie wir heute wissen, hat dieses Ereignis auch pünktlich stattgefunden, sehr gegen den Willen meiner englischen Verwandtschaft, die europäisch denkt und fühlt.

Die Ausstellung „Very British“ im Haus der Geschichte beschäftigt sich aus deutscher Perspektive – historisch, wirtschaftlich und kulturell – mit dem deutsch-britischen Verhältnis und der Sonderrolle Großbritanniens im Europa nach 1945. Man darf nie vergessen, dass Great Britain eine Insel ist und ganz anders tickt als Kontinent Europa. „With Europa, but not of it“, diese Aussage von Winston Churchill 1930 spiegelt das ambivalente Verhältnis der Brit\*innen gegenüber einer vertieften europäischen Integration.

Die Ausstellung ist in mehrere Themenbereiche gegliedert, die nicht alle eingehend geschildert werden können. Zentrale Berührungspunkte sind die Weltkriege, Fußball und die „Royals“.

Coventry und Dresden sind Symbole des Kriegsterrors, aber auch Symbole der Versöhnung. Allerdings nicht für alle Engländer\*innen: „Es macht einfach Spaß, die Deutschen zu bepöbeln“, zitiert der Spiegel im Dezember 2002. Und ich wette, es gibt auch noch bei uns Mitbürger\*innen, die meinen, die Bombardierung von Coventry war richtig.

Und dann noch Fußball! Wer erinnert sich nicht an die Weltmeisterschaft 1966 und das legendäre dritte Tor. England wurde Weltmeister, aber der Streit, ob der Ball drin oder draußen war (unser damaliger Bundespräsident Heinrich Lübke war überzeugt, er

war drin) ist nie beigelegt worden. Deutschland und England bleiben zumindest im Stadion Rivalen.

Als 1965 Queen Elisabeth ihren ersten Besuch in Deutschland machte, war so viel Trubel und Jubel in den Straßen, dass offensichtlich „Nicht-Royalisten“ bei Hertie in Berlin einbrachen und ganz in Ruhe das Kaufhaus ausraubten. Ganz Berlin stand vor dem Rathaus, ich auch, um die Königin zu sehen. Königin macht eben mehr her als ein Präsident. So ganz ohne Deutsche kam das englische Königshaus aber auch nicht aus. Als ein Erbe fehlte, bestieg 1714 Georg von Braunschweig-Lüneburg und Hannover den britischen Thron. Wie willig oder unwillig weiß ich nicht, er sprach jedenfalls kein Englisch, wohl aber Deutsch, Italienisch, Französisch, Latein und Holländisch. Das englische Idiom war ihm seltsam zuwider, obwohl jemand, der aus den oben genannten Provinzen kam, Platt können müsste, mit dem man auch wunderbar Englisch verstehen kann. Seine englischen Ratgeber wollten natürlich kein Deutsch sprechen, und so verständigten sich alle während seiner 13jährigen Regierungszeit auf Latein, und ich dachte, das käme nur in der Kirche vor. Ein halbwegs bemerkenswertes Ereignis seiner Zeit als Regent war die Verlegung seines Dienstsitzes vom Saint James Palast nach Downing Street No. 10. Hier regieren jetzt gewählte und nicht **ausgewählte** Regent\*innen.

1837 bestieg Victoria den Thron. Sie heiratete Albert von Sachsen-Coburg und Gotha und war ihrem Gatten sehr zugetan. Leider starb er 1861, während sie noch bis 1901 regierte. Von ihm blieb der Tannenbaum im Königshaus. Heute feiert die „very british“ Familie am 24. Dezember und nicht wie der Rest der Nation am 25. Dezember Weihnachten, und das ist ziemlich deutsch.

// Helga Löbbert, Aktive Ruheständlerin

“With Europa, but not of it“



# Kunstmuseum Villa Zanders – ein kleines Museum im Herzen von Bergisch Gladbach

// Helga Pennartz, Aktive Ruheständlerin (Text und Fotos)

Zum Jahresabschluss trafen sich die Ruheständler\*innen im Kunstmuseum Villa Zanders um Werke von Stefan Wewerka, einem Bauhaus-Nachfolger, zu betrachten.

Doch erst einige Worte zum Ausstellungsort. Einst gehörte die Villa der Familie Zanders. Das gut erhaltene Gebäude aus der Gründerzeit steht unter Denkmalschutz. Der ursprüngliche räumliche Zusammenhang zwischen der nahegelegenen Papierfabrik und der repräsentativen Untermervilla, einst von einem Park umgeben, ist erkennbar. Der schlossartige Bau der Neorenaissance zeugt von der herausragenden gesellschaftlichen Stellung und auch dem herrschaftlichen Selbstverständnis der Unternehmerfamilie Zanders zum Ende des 19. und Beginn des 20. Jahrhunderts. In dieser Zeit hat die Stadt Bergisch Gladbach viele Impulse durch die Familie Zanders erhalten und die Villa war Treffpunkt vieler Künstler\*innen aus der näheren Umgebung, wie z. B. Max Bruch.

1932 verkaufte die Familie das Gebäude an den Rheinisch-Bergischen Kreis, der hier das Landratsamt eröffnete. 1967 ging die Villa an die Stadt Bergisch Gladbach. Ziel des Kaufs war, hier einen kulturellen Mittel-

punkt der Stadt wieder zu beleben. Nach einer grundlegenden Sanierung wurde 1992 das Kunstmuseum Villa Zanders eröffnet und bietet, neben kleineren Konzerten, auf drei Etagen Kunst vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart.

In der Villa Zanders wird bis April 2020 eine umfangreiche Ausstellung von Stefan Wewerka gezeigt, der 1928 in Magdeburg geboren wurde und als Professor an der Kölner FH viele Studierende beeinflusste. Er gilt als einer der vielseitigsten Künstler, der in keine Schublade passt und in allen Bereichen der bildenden Kunst und des Designs arbeitete und lehrte.

In den 1960er Jahren begann er mit Zerschneidungen und Umbauten vor allem von Stühlen, aber auch anderen Alltagsobjekten wie Münzen, Besteck, Fahnen, Schallplatten. In den 1970er Jahren entstanden vor allem Radierungen. Er nahm mehrfach an Architekturwettbewerben teil und gewann auch Preise. Von seinen konzipierten Bauten wurden jedoch nur zwei Pavillons, einer für die Documenta in Kassel und einer für die Möbelfabrik Tecta, umgesetzt.

Die Zusammenarbeit mit dem Designmöbelhersteller Tecta war sehr fruchtbar. Viele der Wewerka-Entwürfe sind hier rea-

lisiert worden und werden heute noch produziert. Tecta verkauft den dreibeinigen „asymmetrischen Stuhl B1“ als „Produkt für mehrfache Sitzmöglichkeiten“ oder mit dem Statement „Da ist kein In-der-Reihe-Sitzen mehr, sondern unterschiedliche Gesprächssituationen sind gefragt“.

Auch der fächerförmige Schreibtisch ist kommunikativ gedacht: „Ein solcher Schreibtisch macht aus jedem Vorstellungsgespräch etwas völlig anderes. Man kann sich nicht einfach gegenüber sitzen“, so erklärt uns unsere Museumsführerin.

Stefan Wewerka (verstarb 2013) war Architekt, Objektkünstler, Designer, Modemacher, Innenarchitekt, Bildhauer, Maler, Grafiker, Filmemacher und Aktionskünstler. Er gilt als „Bauhäusler“, obwohl er gegen den Strich und wider den rechten Winkel dachte.

Im Grünen Salon der Villa Zanders wurde bei Kaffee und Kuchen über den uns bis dahin unbekanntem Künstler und sein vielfältiges Werk lebhaft diskutiert.



dreibeiniger Stuhl



Fächerförmiger Schreibtisch



Selbstbildnis



Der Gelehrte im Studierzimmer

## Auf der Suche nach dem „typischen“ Rembrandt auch 350 Jahre nach seinem Tod

// Helga Pennartz, Aktive Ruheständlerin //

Für die Ausstellung „Inside Rembrandt“ hatte das Wallraf-Richartz 13 Rembrandt-Gemälde, fünf Zeichnungen und 41 Radierungen, eingebettet in rund 50 Arbeiten von Vorbildern, Zeitgenossen und Nachfolgern, zusammengestellt.

Rembrandt Harmenszoon van Rijn (\* 15. Juli 1606 in Leiden; † 4. Oktober 1669 in Amsterdam; bekannt unter seinem Vornamen Rembrandt) gilt als einer der bedeutendsten und bekanntesten niederländischen Künstler des Barocks. Sein Schaffen fiel in die Epoche des Goldenen Zeitalters, als die Niederlande eine politische, wirtschaftliche und künstlerische Blütezeit erlebten. Rembrandt studierte bei Pieter Lastman, eröffnete 1625 in Leiden sein erstes Atelier und zog bald Aufmerksamkeit auf sich.

Lievens, ebenfalls Lastman-Schüler und ein Jahr jünger als Rembrandt, teilte sich mit diesem von etwa 1626 bis 1631 ein Atelier. Ihr Verhältnis war offenbar von freundschaftlicher Konkurrenz geprägt. Der eine reagierte auf die Werke des jeweils anderen, sie kopierten Zeichnungen und Grafiken. Ein Vergleich verschiedener Darstellungen stiftete einige Verwirrung, was war von Rembrandt, was von Lievens? Die Museumsführerin erläuterte uns die Nuancen in den Bildern und Graphiken, die die Genialität Rembrandts schon früh erkennen ließen.

Die Ausstellung ging nicht nur auf die Frage der Echtheit einzelner Werke ein, die bei Rembrandt mit seinen zahlreichen Schülern und Kopisten immer wieder gestellt wurde. Im Fokus stand auch die immerwährende Suche nach dem „typischen“ Rembrandt. Heute weiß man, dass das Bild „Der Mann mit dem Goldhelm“, das lange Zeit Rembrandt zugeschrieben wurde, nicht von ihm stammt.

Ein Höhepunkt der Ausstellung war das großformatige Gemälde „Der Gelehrte im Studierzimmer“, ein wenig bekanntes Meisterwerk, weil es seit 70 Jahren ununterbrochen in der Nationalgalerie Prag hing und erst jetzt erstmals ausgeliehen wurde. Hier steckte

Rembrandt den weißhaarigen Intellektuellen in ein exotisches Kostüm aus dem Orient. Er präsentierte den Gelehrten nicht dozierend, sondern, so meinte unsere Museumsführerin, in Gedanken versunken, nach Antworten suchend und durch unser Eindringen in das Studierzimmer abgelenkt. Eine Darstellung, die für die damalige Zeit sensationell war.

Die Gemälde der Ausstellung „Inside Rembrandt“ zeigten oft alte Menschen, meist Gelehrte. Es war geradezu eine Schau gegen den Jugendwahn. Rembrandt spricht uns heute noch ganz direkt an, erläuterte die Museumsführerin. Beispiel: das „Lachende Selbstbildnis“. Ein Greis, aber diesmal ist es der gealterte Maler selbst. Das Gemälde ist in Teilen geradezu abstrakt. Wenn man genau davorsteht, hat man keinen Zweifel: Der lacht mich aus! Dann steht man plötzlich in einer Beziehung zu Rembrandt – über die Jahrhunderte hinweg. Einen solchen Effekt vermittelt nur die direkte Betrachtung des originalen Bildes.

Zur Auflockerung gab es in einem Raum der Ausstellung ein paar jugendliche Gegenpole, darunter Nymphen, reiche Bürgerinnen und Rembrandts große Liebe Saskia van Uylenburgh. Ganz klein in der rechten unteren Ecke des Gemäldes „Bad der Diana“ entdeckten wir einen Frosch. Vielleicht verwandelt er sich in einen schönen jungen Prinzen?

Die Ausstellung „Inside Rembrandt“ war ein Publikumserfolg. Insgesamt sind innerhalb von vier Monaten mehr als 160.000 Besucher\*innen in die Sonderschau gekommen, berichtete das Museum. Es war eine der bestbesuchten Wallraf-Ausstellungen der letzten dreißig Jahre. Daraus kann man schließen, dass die 50 Ruheständler\*innen, die sich zum Besuch der Ausstellung angemeldet hatten, am Aschermittwoch mit vielen anderen Interessierten durch die Ausstellung schlenderten.





**„Wir Pflegekräfte  
brauchen keine Klatscherei.  
Wir wollen auch keine  
Merci-Schokolade und warme Worte!  
Wir brauchen 4000 Euro brutto, mehr  
Personal, Gefahrenzulagen und ein  
entprivatisiertes Gesundheitssystem!“**



**@Amanoman1 auf Twitter**

